

# Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXX. Jahrgang

Berlin, 19. November 1926

Nummer 47

## INHALTSVERZEICHNIS

Der Entwurf zur Errichtung des endgültigen Reichswirtschaftsrats	Dr. Osk.
Sturmangriff gegen die öffentlich-rechtlichen Betriebe	.....
Kampf um die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung	.....
Das große Heute, das größere Morgen. I.	..... ed.
Unter dem Zwange der wirtschaftlichen Entwicklung	..... Rattutat
Konferenz der Straßenwärter in Braunschweig	..... P. B.
Funktionärskonferenz für den Wirtschaftsbezirk Westfalen	.....
80 Jahre Filiale Dresden	..... J. G.
Unser Mitgliederstand am 1. November 1926	.....
Köln und Berlin	..... Dr. Chr. Reich
Bildungsarbeit • Beamte • Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Aus unserer Bewegung • Aus den deutschen Gewerkschaften • Internationale Rundschau • Rundschau Verbandszeit	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 53, Schleifstraße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44



# Größte Produktion der Welt!

Ohne Anzahlung  
versenden wir direkt an Private  
acht Tage zur Ansicht

**la Alpaca-Silber-Bestecke**  
mit 25 jähr. schriftl. Garantie. Die  
Bezahlung kann bei solv. Käufern in  
9 gleichen Monatsraten erfolgen.  
Fordern Sie Muster, Preislisten u. Muster bestellbar.  
ELKA Deutsche Silber-  
waren-Industrie Mettmann 31 Rhld.

**Billige böhmische Bettfedern!**  
Ein kg. graue, geschl. M. 3.—  
halbw. e M. 4.—, weiße M. 5.—  
bes. M. 6.—, daunenweiche  
M. 8.—, 10.—, beste Sorte M. 12.—,  
14.—, weiße ungeschl. M. 7.50,  
13.50, best. Sorte M. 11.— Versand  
portofrei zollfrei gegen Nachn.  
Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet.  
Benedikt Sachset, l. obes Nr. 269. b. Pilsen, Böhm.

**Albrecht Kötzsch, Dresden 28**  
Uhren, Gold- u. Silberwaren  
Vertragsfirma von 50  
Beamten-Verbänden

**Haus-Uhren**  
Herstellung nach jed. Angabe  
in eigenen Werkstätten  
Preisl. ums. Kul. Bezugsbed.

**„Gut und billig“**  
9 Pfd. prämierte Meiereibutter . . . . . Mk. 18.—  
9 Pfd. hochkugelige 2 Stock. 4 1/2 % . . . . . Mk. 4.75  
9 Pfd. Tilsiterart Käse (pikant) . . . . . Mk. 5.85  
9 Pfd. Dän. Holländer . . . . . Mk. 7.50

Nachst. Sie einen Versuch.  
frei beliebig ab hier, **Julius Steenbeck**,  
Insel Fenmar (Ost-Holstein).

**Erlaubene Arznei**  
wissen, warum sie bei allen Krankheiten,  
die durch Stoffwechselstörungen entstand,  
**Dr. Hübeners Lebenssalz**  
verordnen. Es wirkt erstaunlich prompt auf  
die richtige Zusammensetzung des Blutes  
ein, regt den Stoffwechsel an und schon  
nach kurzem Gebrauch stellt sich bei den  
Patienten das durch nichts zu beschrei-  
bende Gefühl der Gesundheit und Erstar-  
kung ein, das man am treffendsten als  
ein förmliches Neugeborene bezeichnet.  
Dr. Hübeners Lebenssalz zu hab. in Schach-  
tein à 1.80 Mk. mit Gebrauchsweisung in  
Apotheken u. Drogerien. Wenn nicht, durch  
Chem. Fabrik H. Lappe GmbH., Düsseldorf 8 Rhld.

**Kugelhase**  
rot, klein 2. Serie, 7 Egl. — 5 Pfd.  
Nr. 5.30, 280 kleine Haren —  
Nr. 4.40, 100 kleine.  
Fa. Heibold,  
Nortorf 62/66 Holstein.

Willste Musik trinken  
Medie Dörfel sprachlos!

**MUSIK  
Instrumente**  
Dr. Schuler, Schloß und Haus  
Ver. am. u. v. d. Preuss. St.  
**MAX DÖRFEL**  
Klingenthal, Sachs. Nr. 30

EDELLIKÖRE + SPIRITUOSEN

## Rolle's Fruchtwein

Reichenau  
ist  
beliebt bei  
Mann und  
Frau

RUD  
FELO

VERLANGEN SIE PREISLISTE  
B.G.ROLLE REICHENAU Sa. 10

Wappensteininstrumente, Harmonika, Sprechapparat, Fabrikanten, Niederpreis.  
Preis: Schallplatten Mark 1.—, Erbst. Neß, Nachl.,  
gegr. 1872, Klingenthal, Sa. 109. Großer Katalog gratis.

**Wappensteininstrumente** (P)  
Harmonika-, Sprechapparat-Fabrikanten, Niederpreis.  
Preis: Schallplatten Mark 1.—, Erbst. Neß, Nachl.,  
gegr. 1872, Klingenthal, Sa. 109. Großer Katalog gratis.

Für die Orts-  
verwaltung **Essen**  
(Ruhr) des Verbandes der Ge-  
meinde- und Staatsarbeiter wird  
zum 1. Januar 1927 ein  
**1. Geschäftsführer**  
gesucht. Bewerber, mindestens  
10 Jahre freigewerkschaftlich orga-  
nisiert, mit den Verhältnissen im  
Ruhrgebiet vertraut, werden ge-  
beten, ihre Bewerbung unter An-  
gabe des Alters und des Lebens-  
laufes a. d. Vorsitzenden, Kollegen  
**Fritz Bornstedt, Essen-West,**  
Dunkerstraße 69,  
bis zum 1. Dezember 1926 unter der  
Aufschrift „Bewerbung“ einzu-  
reichen. Reflektiert wird nur auf  
eine erste Kraft.

**Dr. Rumcys  
Wacholdersaft**

vorzüglich bewährtes, von der Natur selbst  
geschaffenes Mittel zur Reinigung des  
Blutes, Regelung der Verdauung und  
Erneuerung der Säfte.

Bei Störungen der Verdauungsorgane, bei  
Blähungen, Magen-, Darm-, Leber- und  
Gallenbeschwerden mit Erfolg angewandt.  
Regt besonders die Nierentätigkeit an und  
ist bei Nerven- und Blasenleiden sowie  
Rheumatismus ein vorzügliches, unschäd-  
liches und natürliches Linderungsmittel.  
Eine Wacholdersaftkur ist jedem zur  
Auffrischung nur zu empfehlen.

Preis: 1 Flasche 1,25 M., 3 Flaschen 2.50 M.  
Versand geg. Nachnahme od. Voreinsend.  
Bei Bestellung ab 5 M. erfolgt portofreie  
Zusendung. Ausführl. Preislisten kostenlos.

**Chemisch-technische Gesellschaft  
VON MALOTTI & CO.**  
Berlin NW 40, Reichstagsufer 1,  
Postcheckkonto 24633.



**Schweinefleisch viel billiger,**  
wenn Sie ein Schwein mästen.  
Ich übernehme das Mästen für Sie.  
Bei M. 30.— Anzahlung u. wöchentlich  
Raten von M. 4.— liefere ich ein Mast-  
schwein 3%, unter Jeweil. Hamburger  
Marktp. (jetzt etwa M. 75.— je 100 Pfd.).  
Auf Wunsch Einschlächten u. Räuheren.  
**Julius Becker, Landwirt, Gilsberg**  
bei Pommernburg.

**Nur für Beamte!**  
Erstaussage  
**Sprechapparate**  
ab Fabrik in jeder Preis-  
lage zu günstigsten Teil-  
zahlungsbedingungen. —  
Verlang. Sie sof. kosten-  
loses Angebot von  
**Fürster & Co., Dresden Nr. 344**  
Postschiffb. 264

**Anzüge**  
Herren, Damen, Kinder, Herbst u. Winter-  
mäntel, Damens-Mäntel, Schuhs u. Stiefel  
bei mir **Stade zur Probe** in hochungs-  
Rückzahlungrecht an dem Anz. 2 —  
reg. u. Wochenzahlungen v. G. M. —  
Illustrierter Prospekt mit Preislist. gratis  
Walter H. Gatz, Berlin 542, Postfach 84. 8

**Gummi Saug. etc.**  
hyg. Artik.  
Preis: a. grat. Pharm  
hyg. Industrie Medicus.  
Berlin 154, Tel. 1000 15. 17

**Erstklassige  
Photo-Apparate**  
sequens, Teilzahlung  
(1/2 Anzahlung  
Rest 8 Monatsraten)  
Illustr. Preislist. G. frei  
**Dresden-Sta. - Camera-  
Vertrieb** (P)  
Dresden-A 24/0.

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Korrespondent: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Der Entwurf zur Errichtung des endgültigen Reichswirtschaftsrates

**D**er gegenwärtige Vorläufige Reichswirtschaftsrat wurde durch die Verordnung vom 4. Mai 1920 errichtet. Er ist also im Grunde genommen eine ungesetzliche Einrichtung, weil die genannte Verordnung auf dem Wege einer vereinfachten Gesetzgebung nur mit Zustimmung des Reichstages und eines Ausschusses der Nationalversammlung erfolgte. Außerdem ist der Vorläufige Reichswirtschaftsrat der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-schaft die restlose Erfüllung des Artikels 165 der Reichsverfassung, den Aufbau der in genannten Artikel vorgegebenen Arbeiterräte, Unternehmervertretungen und Wirtschaftsrate, schuldig geblieben.

Man hat in den letzten fünf Jahren zahlreiche Versuche gemacht, die Frage des Reichswirtschaftsrates und seines Unterbaues endgültig zu lösen; immer wieder mit negativem Erfolg. Jetzt hat die Reichsregierung (Reichswirtschaftsministerium) abermal einen Entwurf eines Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat vorbereitet, der unlegbar gegenüber dem bisherigen Zustand erfreuliche Fortschritte bringt. Jedoch ist von der Errichtung des Unterbaues abzusehen. Damit wird die Erfüllung des Artikels 165 abermals hinausgeschoben. So befallenswert das ist, so hat dieses Verlaummis auch seine andere Seite. Ohne Zweifel könnte man Arbeiterräte bzw. Wirtschaftsrate leicht schaffen.

Eine andere Frage ist es, welche Arbeitsmöglichkeiten für diese neuen Stellen vorliegen, und welche Möglichkeiten vorhanden sind, durch sie wirklich dem Gedanken der Wirtschaftsdemokratie zu dienen. Man hat in den Jahren, in denen die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten auf die Erfüllung des Artikels 165 der Reichsverfassung, den Ausbau des sogenannten Unterbaues warten, eine Reihe von durchaus untauglichen Vorschlägen gemacht. So dachte man an die Errichtung von Arbeitnehmervertretungen und ihre Verbindung mit den Industrie- und Handelskammern der Unternehmer durch paritätisch (zu gleichen Teilen) besetzte Ausschüsse. Dieser Vorschlag ist gerade von den Gewerkschaften abgelehnt worden. Mit gutem Grund. Im Lande, in den einzelnen Wirtschaftsgebieten, liegt die Entscheidung

über Wirtschaftsfragen bei den bereits bestehenden öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen für Industrie und Handel, Landwirtschaft, Handwerk und Kleingewerbe. Hier fallen die Entscheidungen über Angelegenheiten, die gerade die Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-schaft als wichtige Glieder unserer Wirtschaft stark betreffen. Soll ein Einfluß dieser wichtigen Glieder auf die Wirtschaftsfragen ermöglicht werden, so ist die Arbeitnehmerschaft in diese bestehenden öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen einzubeziehen. Es gibt keinen anderen Weg, den Einfluß der Arbeitnehmer sicherzustellen. Die Voraussetzung für einen wirklichen Unterbau, für eine wirkliche Durchführung demokratischer Gedanken in der Wirtschaft führt eben über die paritätische Vertretung der Arbeiterschaft in den Handelskammern. Jeder andere Unterbau hat keinen Sinn. Die Arbeiterschaft muß auf einer paritätischen Vertretung in den Berufs-kammern bestehen. Der Weg führt über eine Aenderung der gegenwärtigen Regelung in den einzelnen Ländern, die zweckmäßig durch Reichsgesetz vorzunehmen ist. Dieses Gesetz wird das nächste Ziel in der Erfüllung des Artikels 165 der Reichsverfassung sein. So wie der Entwurf heute ist, kann der endgültige Reichswirtschaftsrat nur durch ein verfassungsänderndes Gesetz geschaffen werden, d. h. der Entwurf kann nur mit Hilfe der Sozialdemokratie Gesetz werden. Das ist eine Tatsache, die von besonderer Bedeutung ist. — Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat bestand anfänglich aus 326 Mitgliedern. Dieser große Kreis hat die Arbeiten des Wirtschaftsparlaments nicht allzusehr begünstigt. Eine Aenderung trat im Herbst 1923 ein, als man aus Ersparnisgründen die Arbeiten des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates auf die drei Ausschüsse, den Wirtschafts-, Finanz- und sozialpolitischen Ausschuss, übertrug und so die Zahl der Vertreter faktisch auf 110 heruntersetzte. Im Grunde genommen läßt es der Entwurf bei dieser Regelung. Im endgültigen Reichswirtschaftsrat wird es wie bisher drei Abteilungen, die Abteilung der Arbeitgeber (1), die der Arbeitnehmer (11) und die der Vertreter der Städte, Genossenschaften, Beamten, freie Berufe usw. geben. Von den 110 Mitgliedern umfaßt

### Arbeiterlied

Schwarz ist unser Leben und erbärmlich,  
Winkelgassen, dumple, alte Häuser.  
Not umheult uns. Armut schlägt uns  
mit den eisenharten Fäusten.

Schmerz hat unser Herz geschliffen,  
seht, es funkelt aus der Armut!  
Wir sind scharf und gut geschliffen,  
wehe, wehe unsern Feinden!

Einmal ist der Erdball unser,  
Kontinente sind verschwunden,  
unser Löhnen Reiterhilfe  
stiegen durch den Raum zum Nord.

Ja, ein Garten wird die Erde,  
wohlgeordnet, allen dienstbar,  
große Mutter und Geliebte,  
kein Mensch wird mehr einsam sein.

Jubelsturm erlöset Menschheit:  
Kädelieder, Liebeslieder,  
Kinderlieder, Feldenslieder,  
das Gelächter der Befreiung!

Alles wissen wir, Vergebens  
brüten heute unsre Feinde,  
doch wir steigen und sie fallen:  
Lacht sie fallen! Lacht uns steigen!

Max Dorkel

lache, die von besonderer Bedeutung ist. — Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat bestand anfänglich aus 326 Mitgliedern. Dieser große Kreis hat die Arbeiten des Wirtschaftsparlaments nicht allzusehr begünstigt. Eine Aenderung trat im Herbst 1923 ein, als man aus Ersparnisgründen die Arbeiten des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates auf die drei Ausschüsse, den Wirtschafts-, Finanz- und sozialpolitischen Ausschuss, übertrug und so die Zahl der Vertreter faktisch auf 110 heruntersetzte. Im Grunde genommen läßt es der Entwurf bei dieser Regelung. Im endgültigen Reichswirtschaftsrat wird es wie bisher drei Abteilungen, die Abteilung der Arbeitgeber (1), die der Arbeitnehmer (11) und die der Vertreter der Städte, Genossenschaften, Beamten, freie Berufe usw. geben. Von den 110 Mitgliedern umfaßt



die Abteilung II 39 Mitglieder. Sie sind gemeinschaftlich von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde, dem Allgemeinen freien Angestelltenbunde, dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, dem Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften, dem Verband der Deutschen Gewerksvereine und dem Gewerkschaftsbunde der Angestellten zu benennen. Unter ihnen müssen sich in angemessener Zahl Vertreter der Angestellten befinden. Der Entwurf sieht insbesondere unter den Vertretern der Arbeiter sieben Angehörige der Land- und Forstwirtschaft, darunter zwei Angestellte in der Land- und Forstwirtschaft und mindestens einen Vertreter der Heimarbeiter vor. Für die Abteilung III sind unter anderem vorgesehen: fünf Vertreter der Städte, der Landgemeinden, der Landkreise und des Hausbesitzes, drei Vertreter der öffentlich-rechtlichen Versicherungs- und Kreditanstalten und zwei Vertreter der Beamtenenschaft. Für die Benennung kommen u. a. in Frage: der Deutsche Städtetag, der Reichstädtetage, der Deutsche Landgemeindetage, der Deutsche Landkreistage, der Verband der deutschen Berufsgenossenschaften, der Verband der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, der Verband deutscher Landesversicherungsanstalten, der Hauptverband deutscher Krankenkassen, die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenipfängerverbände, der deutsche Sparkassen- und Giroverband, der Verband deutscher Lebensversicherungsanstalten, der Verband deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten und die Vereinigung öffentlicher Feuerversicherungsanstalten.

Neu ist die Bestimmung im Entwurf, daß für einzelne Sitzungen oder Verhandlungsgegenstände nicht ständige stimmberichtigte Mitglieder einberufen werden können. Diese Bestimmung dürfte für die Gewerkschaften von Wichtigkeit werden. Die Einberufung von nichtständigen Mitgliedern wird man sehr wahrscheinlich in der Art regeln, daß die einzelnen Abteilungen geeignete Persönlichkeiten vorschlagen. Sie können aber auch einen Verband benennen, der dann eine geeignete Persönlichkeit für die Beratung eines bestimmten Gegenstandes als nichtständiges Mitglied stellt. Den Organisationen wird hier die Möglichkeit geboten, unmittelbar ihre Auffassung über Dinge zur Geltung zu bringen, die ihre Mitglieder unmittelbar berühren. Außerdem sieht der Entwurf vor, daß die Mitglieder dem Reichswirtschaftsrat nur für eine Dauer von sechs Jahren angehören. Damit wird den Verbänden Gelegenheit gegeben, ungeeignete Vertreter im Reichswirtschaftsrat zu ersetzen. Darüber hinaus gewährt der Entwurf den Verbänden das Recht, jederzeit den Widerruf der Mitgliedschaft bei der Reichsregierung zu beantragen, wenn der weitere Verbleib eines Vertreters im Reichswirtschaftsrat der Organisation nicht länger zugemutet werden kann.

Wichtiger sind die im Entwurf vorgesehenen Änderungen hinsichtlich der eigentlichen Arbeit des endgültigen Reichswirtschaftsrates. Bisher war der vorläufige Reichswirtschaftsrat in seiner Arbeit stark von den Zuweisungen (Direktiven) der Reichsregierung abhängig. Er konnte wohl Gesetzesvorlagen anregen und diese Anregungen der Reichsregierung zuleiten. Mehr nicht. Was die Reichsregierung mit den Anregungen des Reichswirtschaftsrates machte, war ihre Sache. Der neue Entwurf spricht nun dem Reichswirtschaftsrat

das Recht zu, wirtschaftspolitische und sozialpolitische Gesetzesvorlagen von grundlegender Bedeutung zu beantragen oder entsprechende Maßregeln anzuregen. Wenn die Reichsregierung diesen Anregungen auch nicht zustimmt, hat sie trotzdem die Vorlage beim Reichstag einzubringen. Damit wird dem endgültigen Reichswirtschaftsrat das sogenannte Initiativrecht im vollen Umfange gewährt. Außerdem ist die Regierung verpflichtet, entsprechende Gesetzesvorlagen, die im Reichstag angeregt werden (Initiativgesetzentwürfe), dem Reichswirtschaftsrat gleichzeitig wie dem Reichsrat mitzuteilen und die vom Wirtschaftsrat erstellten Gutachten dem Reichstag und dem Reichsrat vorzulegen. Durch diese Pflicht, die bisher nicht bestand, wird eine äußerst wichtige Verbindung zwischen dem Reichswirtschaftsrat und den gesetzgebenden Stellen, dem Reichstag und dem Reichsrat, hergestellt. Sie wird enger gestaltet durch Bestimmungen in dem Entwurf, wonach der Reichswirtschaftsrat seine Gutachten auf Verlangen der Reichsregierung oder der gesetzgebenden Körperschaften vor dem Reichstag und dem Reichsrat mündlich erläutern kann. Andererseits hat der Reichstag das Recht, Mitglieder des Reichstages den Tagungen des Reichswirtschaftsrates, mit Ausnahme der für vertraulich erklärten Sitzungen, beiwohnen zu lassen. Diese Mitglieder sind berechtigt, Fragen an die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates und an die Sachverständigen zu richten. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat war in seinen Arbeiten immer darin gefährdet, daß er so recht keine Fühlung mit den gesetzgebenden Körperschaften hatte und gewissermaßen immer in der Luft schwebte. Die Bestimmungen sollen den Zweck haben, die engere Fühlung herzustellen.

Der endgültige Reichswirtschaftsrat wird als neue ständige Einrichtung den Ermittlungsausschüssen (Enqueteausschüssen) bringen. Auch der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat eine Reihe von Ermittlungen (Enqueten) über die veränderten Erzeugungs- und Abgabebedingungen in der deutschen Wirtschaft durchgeführt. Der Erfolg war nicht allzu erfreulich. Das lag aber daran, weil die Ermittlungen völlig unzugänglich durchgeführt waren. In Zukunft sind ständige Ermittlungen vorgesehen, und zwar soll der in Frage kommende Ausschuss ständig neu, entsprechend der ihm anvertrauten Aufgabe, gebildet werden. Dadurch wird es möglich, daß verschiedene Ausschüsse nebeneinander arbeiten. Im Gegensatz zu der eben im Gang befindlichen großen Ermittlung (Enqueteausschuss) werden sich die Ermittlungen des Reichswirtschaftsrates immer auf ganz bestimmte Gebiete erstrecken. Die Ausschüsse sollen so zusammengesetzt werden, daß drei Viertel der Mitglieder von den drei Abteilungen und das restliche Viertel von der Regierung berufen wird. Der Vorsitzende des Ausschusses erhält das Recht der eidlichen Bernehmung. Im übrigen sieht der Entwurf den Ausschluß von Mitgliedern (Interessenten) vor, die mit Rücksicht auf Familien-, Erwerb- und Vermögensverhältnisse als befangen angesehen werden müssen. Ohne Zweifel wird der Arbeiterschaft durch den ständigen Ermittlungsausschuss die Möglichkeit gegeben, die Verhältnisse in unserer Wirtschaft, die mit der Stärke werden, den Zusammenballung immer unklarer und undurchsichtiger werden, zu durchleuchten. Fr. Dlf.

## Sturm auf gegen die öffentlich-rechtlichen Betriebe

Die Zentralverbände der Industrie, des Versicherungs- und Bankgewerbes, des Handwerks, der Landwirtschaft und des Handels veranstalteten am 19. November 1926 die seit längerer Zeit angekündigte Kundgebung gegen die „Betätigung der öffentlichen Hand im Erwerbsleben“. Es sprachen u. a. Geheimrat Lutzberg vom Reichsverband der Deutschen Industrie, Generaldirektor Töpfer von der Handelskammer Stettin, der Textilindustrielle Fromwin-Glaserfeld, Kommerzienrat Dörlin vom Reichsverband des deutschen Handwerks, Bankdirektor Mosler, Kommerzienrat Kavené und Freiherr von Kerkerling zu Borg, Präsident der deutschen Bauern-

vereine. Die Verammelten nahmen eine Kundgebung an, die in folgenden Sätzen spielte:

„Das Privateigentum muß die unantastbare Grundlage der Wirtschaft bleiben. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Privatwirtschaft darf nicht weiter dadurch gefährdet werden, daß Unternehmen, die unmittelbar oder mittelbar vom Reich, Ländern und Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden betrieben werden, mit dem Privatgewerbetreibenden des gleichen Gewerbezweiges in Wettbewerb treten.“

Es gab einmal eine Zeit, in der der Privateigentumsgeist die Unternehmungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden



als höchst minderwertig und rückständig mit einem Lächeln des Mitleids betrachtete. Für ihn war es ausgemachte Sache, daß nur er und nicht der Staat wirtschaften könne. Die Entwertung der deutschen Mark hat diese völlig verkehrte Ansicht in weiten Kreisen des deutschen Volkes Fuß fassen lassen. Man denke nur daran, daß Hugo Stinnes feinerzeit ohne dem Fluch der Lächerlichkeit anheim zu fallen, den Aufkauf der deutschen Reichseisenbahn vorzuschlagen konnte, um sie privatkapitalistisch nach bewährten Methoden zu „sanieren“! Je mehr sich nach der Stabilisierung der deutschen Reichsmark die Verhältnisse normaler gestalteten, stellte sich auch das Uebergewicht des gemeinwirtschaftlichen Betriebes heraus.

Die Wirtschaftsunternehmungen des Reiches, besonders in der Stoffindustrie und in der Elektrizitätswirtschaft, die preußischen Bergwerksaktiengesellschaften, die Sachsischen Werke A. G., die Fortschritte, die u. a. Bayern auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung gemacht hat, die Tausende von Anlagen der Gemeinden, deren Reinüberschuß man heute auf 1/2 Milliarde schätzt, und die für die Befriedigung des Geldbedarfes der Gemeinden eine ungeheuer wichtige Rolle spielen, beweisen den Siegeszug des gemeinwirtschaftlichen Betriebes. Es ist geradezu kindisch, wenn die Entschleierung für diese Entwicklung ganz nebenfällige Gründe ins Feld führt; so z. B. die Kapitalbeschaffung mit Hilfe öffentlicher Gelder und die geschäftliche Förderung durch Behörden und Beamte. Die verschiedenen bürgerlichen Regierungen haben in der deutschen Republik für die privatwirtschaftlichen Unternehmungen zweifellos immer mehr übrig gehabt als für die Staatsbetriebe. Das beweist die Geschichte der Industrieunterstützungen (Subventionen) der letzten Jahre, die wirklich kein Ruhmesblatt für den deutschen Privatkapitalismus darstellen. Wirtschaftsführer vom Schlage Duisbergs werden auch am besten wissen, daß der Erfolg einer Unternehmung niemals von Wohlthaten des Steuerfächels abhängen kann. Hier sprechen andere Dinge mit, und vor allem die Liebetätigkeit des öffentlichen Betriebs über die privatkapitalistische Erwerbsgesellschaft.

Gegenüber dem Sturmlauf des deutschen Privatkapitalismus gegen die öffentliche Hand haben wir zu betonen, daß der Staat von heute auf eine Betätigung im Wirtschaftsleben nicht verzichten darf und kann. Überall, wo der Staat im Erwerbseben eingegriffen ist, hat doch schließlich der Privatkapitalismus versagt. Eine ganze Reihe von deutschen Unternehmungen, die heute mit der Reichseisenbahn das Fundament unserer Wirtschaft abgeben, sind das beste Beispiel dafür. Die privatwirtschaftliche Elektroindustrie wehrt sich z. B. gegen das Eindringen Preußens in die

rentablen Versorgungsgebiete im Westen. Sie hat aber nichts dagegen, daß der Preussische Staat die sich kaum lohnende Versorgung in den menschenarmen Gebieten Ostpreußens und Hannovers übernimmt. Die ganze Verneinung des gemeinwirtschaftlichen Gedankens durch die Privatindustrie läuft ja darauf hinaus, daß die Privatindustrie für sich die fetten Dividenden reservieren möchte, während man dem Vater Staat mit seinen Unternehmungen gnädigst die naturgemäß mit Verlusten verknüpfte Erfüllung volkswirtschaftlicher Aufgaben überlassen möchte. Man wirft dem Staat sogar die Enteignung von Grund und Boden usw. als unfaires Mittel im Wirtschaftskampf vor. Selbst aber enteignet man durch Majoritätskäufe usw., die oftmals mit einer gesunden Wirtschaftsführung nichts mehr zu tun haben und ein Hohn auf den „unantastbaren Grundbesitz des Eigentums“ sind, nach Gutdünken. Allerdings nicht im Interesse der Wirtschaft und der Allgemeinheit, sondern im Interesse der Lantime und der Dividende. Wenn die öffentlichen Betriebe sich wirklich der staatlichen Begünstigungen erfreuen sollten, finden wir das schon aus dem Grunde voll und ganz in Ordnung, weil sie dem volkswirtschaftlichen, dem allgemeinen Interesse dienen.

Wir können es uns denken, daß die Privatindustrie die öffentlichen Betriebe heute als Wettbewerb fürchtet, und wissen, daß die Unternehmungen des Staates und der Gemeinden bei manchen Erwerbsgesellschaften die Dividendenlegen schon ein bißchen „verwässert“ haben. Darum ist es schon erklärlich, daß die deutsche Privatindustrie anstatt eines Staates, der seine Gesamtwirtschaft nach Kräften fördert und vorwärts bringt, lieber mit einem solchen zu tun hätte, der unverbrochen auf Kosten der Steuerzahler Industriesubventionen zahlt. Wenn man die ganze Rundgebung auf eine Formel bringt, kann es nur die sein: Der Staat soll nicht wirtschaften, sondern an faule Industrien Unterstüßungen zahlen! Mit Staunen wird man im Lande von dem neuen Schritt der Zentralverbände des deutschen Unternehmertums Kenntnis nehmen und wird man im Lande von dem neuen Schritt der Zentralverbände des deutschen Unternehmertums Kenntnis nehmen und wird sich über die in Dresden von Silberberg so stark unterstrichene Staatsbejahung so seine eigenen Gedanken machen. Für uns aber heißt es, alle Kräfte einzusetzen und auf der Hut zu sein, damit der Anschlag gegen die öffentliche Wirtschaft zuschanden wird.

Die Rundgebung der Industriellen, des Handels, der Banken, Handwerk und Landwirtschaft muß als erreaktionär gekennzeichnet werden. Dagegen sollten sich alle besonnenen Wirtschaftskreise, vor allem aber der Deutsche Städtetag energisch zur Abwehr setzen. Wir behalten uns eine weitere Stellungnahme vor.

## Kampf um die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

Am Reichstage spielten sich kürzlich heftige Kämpfe um die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ab. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, diese um 30 Proz. und für die Familien um 20 Proz. zu erhöhen. Die Regierung hingegen gestand nur 15 bzw. 10 Proz. zu. Bei der Abstimmung im Reichstag ergab sich das überraschende Ergebnis, daß die Deutschnationalen gegen die Regierungsparteien, für den sozialdemokratischen Antrag stimmten und diesem so eine Mehrheit schufen. Daß diese Tat nicht der Sorge um die Erwerbslosen entsprang, sondern so oft geübter deutschnationaler Demagogie, um die Regierung in Verlegenheit und möglichst zum Sturz zu bringen (um selbst in die Regierung zu kommen), zeigten die Erklärung des deutschnationalen Führers Graf Westarp und die enttäuschten deutschnationalen Gesichter nach der Erwidrerung des Reichstagspräsidenten Löbe auf Westarps Erklärung. Graf Westarp führte aus:

„Ich will erklären, warum wir für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt haben. Es ist nicht anzunehmen, daß die Sozialdemokratie erstlich mit einer Annahme ihrer Anträge gerechnet hat, zumal noch nicht ein klares Bild über die zur Verfügung stehenden Geldmittel geschaffen worden ist. Der sozialdemokratische Abg. Hoch hat im Anschluß auch gar keine Genauerung darüber geäußert, daß mit unserer Hilfe seine Anträge angenommen wurden, so er hat uns dagegen deswegen der Unklarheit befreit. Die Regierung und die Regierungsparteien sind den Sozialdemokraten immer weiter entgegengekommen, sie wollten offenbar mit wechselläufigen Werbeteilen die Vorlage machen. Unter diesen Umständen haben wir durch unsere Abstimmung den Sozialdemokraten die Gelegenheit gegeben, zu zeigen, ob sie die praktischen und parlamentarischen Forderungen aus der Annahme ihrer Anträge ziehen wollen. Wir konnten der Regierung und den Regierungsparteien nicht die Verantwortung dafür erporten, wie sie sich zu den sozialdemokratischen Forderungen stellen wollen. Wir werden uns bei den übrigen Abstimmungen der Stimme enthalten und in der Schlußabstimmung gegen die ganze Vorlage stimmen.“

Abg. Hoch (Soz.) stellte daraufhin fest, daß der sozialdemokratische Antrag im Anschluß mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen worden sei.

„Es bestand die Gefahr, daß die Parteitaktik der Deutschnationalen im Ausschuß nur dahin hätte führen können, daß die Erhöhung der Unterstützung für die Erwerbslosen noch weiter hinausgeschoben werden wäre. Unser Bestreben mußte dahin gehen, das zu verhindern und die Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung zu sichern. Die heutigen Ausführungen des Grafen Westarp zeigen erneut, welches eigenartige Spiel von den Deutschnationalen mit der großen Not der Erwerbslosen getrieben wird. Der Reichsfinanzminister hat selbst erklärt, daß die Möglichkeit zur Aufbringung der Mittel für die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung gegeben ist. Wir haben uns bemüht, einen Ausgleich zwischen der Forderung auf 30 Proz. Erhöhung und dem, was das Reich leisten konnte, zu finden. Wir sind dabei zu dem sorgfältig überlegten Entschluß gekommen, daß eine Erhöhung von 30 Proz. wohl tragbar ist. Es war so schon tagelang vorher bekannt, daß die Deutschnationalen aus hinterhältigen Gründen im Plenum für unseren Antrag stimmen würden.“

Abg. Stöcker (Nomm.): Wir halten es für selbstverständlich, daß die Deutschnationalen, die jetzt die Unterstützungssteigerungen um 30 Proz. beschließen haben, nun auch die nötigen Mittel dafür bewilligen werden, denn wenn die Erwerbslosen das Opfer dieses parlamentarischen Schachspiels werden sollten, so würde sich ihre ganze Entrüstung gegen die Deutschnationalen richten.

Präsident Löbe: Abg. Graf Westarp ist im Irrtum, wenn er von einer Schlußabstimmung spricht, in der seine Freunde anders als jetzt stimmen würden. Es gibt keine Schlußabstimmung, denn es handelt sich um kein Gesetz, sondern um ein Erlaßchen an die Reichsregierung, dem diese ganz oder teilweise entsprechen kann. (Große Heiterkeit und Beifall bei den Regierungsparteien und links Auf: „Reinigkeiten!“)

Da es sich um keine Gesetzesvorlage handelte und die Regierung auf Grund früherer Ermächtigung sich dazu befugt hielt, erließ sie im Einvernehmen mit dem Reichsrat folgende

**Anordnung über die Höchstläge in der Erwerbslosenfürsorge vom 9. November 1926.**

Auf Grund des § 10 Abs. 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 127) wird nach Vereinigen mit dem Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung angeordnet:

I. Die Höchstläge der Erwerbslosenunterstützung betragen vom 8. November 1926 bis zum 31. März 1927 wochentäglich:

	Wirtschaftsgebiet I (Osten)				Wirtschaftsgebiet II (Mitte)				Wirtschaftsgebiet III (Westen)				
	A	B	C	D u E	A	B	C	D u E	A	B	C	D u E	
1. Für Personen über 21 Jahre													
a) alleinstehende	175	163	152	128	205	191	177	152	220	205	190	162	
b) nicht alleinstehende, während der ersten acht Unterstütuungswochen	152	142	132	122	178	167	156	145	191	179	167	155	
c) nicht alleinstehende, vom Beginn der neunten Unterstütuungswoche an	167	156	145		196	183	169		210	196	182		
2. Für Personen unter 21 Jahren													
a) alleinstehende	115	107	99	78	136	127	117	92	145	136	127	97	
b) nicht alleinstehende, während der ersten acht Unterstütuungswochen	91	86	80	75	108	101	95	88	116	108	100	92	
c) nicht alleinstehende, vom Beginn der neunten Unterstütuungswoche an	100	94	87		119	111	103		128	119	110		
3. Als Familienzuschläge für													
a) den Ehegatten	48	45	42	39	55	52	49	46	60	56	52	48	
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Anverwandte	33	31	29	27	39	37	35	33	42	40	38	36	

II. Einrichtlich der Familienzuschläge darf die Unterstützung, die ein Erwerbsloser erhält, in keinem Falle folgende Beträge (Spitzenläge) übersteigen:

1. während der ersten acht Unterstütuungswochen

	in den Teilen der Erstklassen			
	A	B	C	D u E
a) im Wirtschaftsgebiet I (Osten)	332	311	290	269
b) " " " II (Mitte)	389	367	345	323
c) " " " III (Westen)	419	395	371	347

2. vom Beginn der neunten Unterstütuungswoche ab

	in den Teilen der Erstklassen			
	A	B	C	D u E
a) im Wirtschaftsgebiet I (Osten)	347	325	303	289
b) " " " II (Mitte)	407	383	358	323
c) " " " III (Westen)	438	412	386	347

III. Die Grenzen der drei Wirtschaftsgebiete fallen mit denen der drei Wohngebiete zusammen, die in den Erlassen des Reichsministers der Finanzen vom 27. November 1923 usw. zugrunde gelegt sind.

IV. Im Sinne der Nr. 1 dieser Anordnung sind „alleinstehende“ Er-

werbslose: solche, die weder Familienzuschläge beziehen noch dem Haushalte eines anderen angehören, „nicht alleinstehende“ Erwerbslose: alle übrigen.

V. Soweit die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Arbeitslohn vergleichbarer Arbeitnehmergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge die Unterstützung, die der Erwerbslose für seine Person erhält (Hauptunterstützung), nicht übersteigen.

VI. Die selbständigen Unterstütuungen, die mehrere in einem gemeinsamen Haushalt lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen ins-

gesamt das Freieinhalbfache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zuzieht. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied.

VII. Sind Vermögensbeiträge auszusuchen, die nicht durch fünf Teilbar sind, so können sie auf den nächsthöheren durch fünf teilbaren Betrag aufgerundet werden.

Zu dieser Verordnung stellte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sofort folgenden Antrag:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen: 1. die Verordnung betreffend Erwerbslosenfürsorge vom 9. November 1926 dahin abzuändern, daß die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger um 20 Proz. statt um 15 bzw. 10 Proz., die Familienzuschläge um 20 Proz. erhöht werden. 2. zur Deckung der dadurch entstehenden Mehrausgaben ist erforderlichenfalls die durch die 11. Verordnung über die Fortkommenssteuer (Ermäßigung von Steuern) vom 29. April 1926 eingetretene Ermäßigung der Fortkommenssteuer aufzuheben.

Dieser Antrag fand natürlich nun keine Mehrheit mehr, nachdem die deutsche nationale Demagogie vorher aufgedeckt worden war. Auf dem Kompromißwege ist aber erreicht worden, daß die bereits Ausgesprochenen wieder Unterstützung erhalten werden. Der Reichstag hat inzwischen ein entsprechendes Gesetz beschlossen. Wir kommen darauf zurück.

## Das große Heute, das größere Morgen

Dem sensationellen Buch Henry Fords „Mein Leben und mein Werk“, das in Hunderttausenden Auflagen in allen Kultur Sprachen erschien, ist nun ein zweites Ford gefolgt („Das große Heute, das größere Morgen“, Verlag Paul List, Leipzig), das allerdings bei Nichtlesen, mehr oder minder eine Wiederholung des ersten Buches ist. Aus dem erstgenannten Werk hätte besonders unser deutsches Unternehmertum nicht nur in bezug auf die Technik und Rationalisierung viel lernen können, sondern auch von Fords Grundprinzip und seiner Weltanschauung in bezug auf den Dienst an der Allgemeinheit, in bezug auf die Verminderung der Profitrate (Preisverbilligung) und vor allem in bezug auf die volkswirtschaftlich segensreiche Auswirkung höherer Löhne, kurze Arbeitszeit und Stärkung des Massenkonsums. Wenn gleich wir zugeben müssen, daß Henry Ford mit seinem Mitarbeiter Samuel Crowther in seinem neuen Werk die Dinge sehr gründlich behandelt, insbesondere die technischen Einzelheiten jeder Produktionswandlung bis aufs Feinste beschreibt, so daß eigentlich viel mehr Anregung und Interesse für den Fachmann besteht als für den Normalleser, so bleiben doch eine Anzahl Fragen ungeklärt, die zur Kritik Anlaß geben können.

In überaus eindrucksvoller Weise schildert Ford zunächst die Profitgier der Kapitalisten „früherer Zeiten“. (Wir möchten hinzufügen, daß diese Profitgier in Deutschland auch heute fast genau so stark ist.) Er fordert eine Art der Preisbildung, die sich vor allen Dingen darauf stützen soll, den Konsum zu beleben und eine wesentliche Preis-Herabsetzung der erzeugten Güter mit sich bringt. Mit

seiner Ironie weist Ford darauf hin, daß zahlreiche Wirtschaftsjührer Ford beschämen in seinen Werken und mehr oder minder politische Reden geschwungen haben. Er wendet sich dabei auch scharf gegen Gewerkschaftsführer, deren Tätigkeit eine Hemmung in der Produktion bedeuten könnte, insofern, als sie nur gewisse Maschinen oder gewisse Vorbedingungen für Anwendung von Maschinen zulassen. Nun, solche Gewerkschaftsführer mögen in Amerika existieren. Bei der ungeheuren Massenausbeutung, die auch dort vor sich geht, war es wahrscheinlich eine Zweckmäßigkeit Notmaßnahme, eine gewisse Beschränkung anzustreben, um der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Andererseits ist uns von Deutschland niemals bekannt geworden, daß sich Gewerkschaftsführer gegen die Anwendung von Maschinen gestraubt hätten. Insofern ist das Bild von Ford doch etwas einseitig dargestellt. Wir finden auch sonst eine Anzahl Randbemerkungen bei Ford, die erkennen lassen, daß er nicht allzu stark zur Demokratie neigt, wenigstens das Wort „Demokratie“ von ihm hoch in Ehren gehalten wird. Es ist fast zu schön, um wahr zu sein, wenn er sagt, daß die Ausnutzung von Verbesserungen aller Art in der Produktion dem Publikum gehören. In Deutschland hat der Kapitalist nur den einen Gedanken: Wie kann man sich selber dienen und eine möglichst hohe Profitrate erreichen? Alle Konzentrationsbestrebungen in der Industrie, Trusts und Kartellen dienen fast ausschließlich diesem Zweck. Preisreduzierungen werden geübt, d. h. mit anderen Worten: Ueberbeutung der Industrieprodukte, ja vielfach wird eine Stilllegung einzelner Werke veranlaßt in der deutschen Industrie, um einen erhöhten Preis festzuhalten oder eine Kontingentierung herbeizuführen.

An bezug auf Preisherabsetzung sind wir also in Deutschland ganz und gar nicht bislang von Henry Ford beeinflusst worden und alle neueren Auslassungen von deutscher Unternehmerseite zeigen denselben Grundton, den man ruhig als Anti-Ford bezeichnen könnte. Ford ist ein grimmiger Feind der Banken und des Finanzkapitals und dabei entwickelt er eine ausgesprochene antisemitische Ader, die in diesem Buch freilich nicht in so starkem Maße wie sonst zum Ausdruck kommt. Berechtigt an dieser Kritik des Finanzkapitals ist jedenfalls, daß sie eine Art kapitalistischer Ueberbau ist, den auch Karl Marx schon und neuerlich Hilferding in seinem „Finanzkapital“ entsprechend gewertet hat. Dabei ist natürlich ganz gleichgültig, ob der Bankdirektor Lewinsohn heißt oder Schulze. Tatsache ist, daß die Helferrische als unentwegte „Germanen“ ihre Finanzpolitik genau so auf dem Rücken der Industrie und des Publikums durchführten wie die großen jüdischen Finanziers und Bankdirektoren. Ford wendet sich auch sehr häufig in seinem neuen Buch gegen die „berufsmäßigen sozialen Gesellschaftsreformer“. Er meint, daß die Finanz- und Gesellschaftsreformer Europa beherrschen und für dessen Niedergang verantwortlich sind! Immer wieder dringt bei ihm der Gesichtspunkt durch, daß die Profit-Motive in der Industrie nicht entscheidend sein dürfen! Nun muß aus dem ersten Buch von Ford in Erinnerung gebracht werden, daß Ford sozusagen von der Pike auf Arbeiter gewesen ist. Als Mechaniker war er selbst jahrelang tätig, hatte einen kleinen Betrieb, später Reparaturarbeiten, und kam dann sehr allmählich auf die Idee, durch Rationalisierung und Konveyor System (d. h. laufendes Arbeitband) die Produktion zu vereinfachen und rhythmisch in Fluß zu bringen. Im neuen Buch braucht Ford viele Kapitel, um auseinanderzusetzen, wie Normierung, Ausnützung oder Verschwendung von Material, verbesserte Verkehrseinrichtungen und vieles andere eine vollständige Umstellung der Produktion herbeigeführt haben, und die wesentlichen Grundlagen seines Ruhmes und seiner Leistungen geworden sind. Ford ist ohne Zweifel vom Standpunkt einer objektiven Würdigung eine Mischung von Großunternehmernumtum raffiniertester Art und sozialer Gesinnung auf der Basis rationaler Wirtschaft im Dienste der Konsumenten.

Wenn man die zahlreiche Literatur verfolgt, die über Ford in Deutschland vorhanden ist, so wird man den Eindruck nicht los, daß ihn die Arbeiterklasse nicht genügend kennen und würdigen, und daß die Unternehmer in viel geschickterer Weise wohl sein Arbeitssystem (seine Rationalisierung) bewürdigen, aber über seine grundsätzlichen Betrachtungen (die der Sinn des Buches und aller seiner Schriften sind und die sich in jedem Kapitel wiederfinden) stillschweigend hinweggehen. Deswegen möchten wir für unsere Gewerkschaftsmitglieder sagen, unbeschadet der furchtbar vielen technischen Einzelheiten, die immer nur einen kleinen Spezialkreis interessieren dürften, ist die Lektüre der Ford-Bücher eine starke Anregung, besonders für den Freigewerkschafter, er kann außerordentlich viel daraus gewinnen. Wir möchten deshalb allen unseren Bibliotheken dringend empfehlen, die Bücher von Ford anzuschaffen, da die Preislage es dem einzelnen schwer gestattet.

Ford sagt immer wieder sehr deutlich: „Schaffen und Raffen hat nichts zu tun mit Industrie.“ Er wirft die Frage auf, ob Profite überhaupt ein Unrecht sind, und kommt zu dem Resultat, daß Profite nur gemacht werden dürfen, wenn sie wieder in Form von erhöhten Arbeitslöhnen und Verbilligung des Produkts herausgegeben werden. Diese fähne Schlußfolgerung wird viel zu wenig beachtet und würde, in der Praxis angewandt, für die Gesamtindustrie natürlich eine vollständige Umwälzung bedeuten! Die Ford-Auto-Werke hatten im Jahre 1914 noch einen Minimallohn von 2½ Dollar pro Tag für den ungelerten Arbeiter. Vor einigen Jahren betrug der Minimallohn 5 Dollar pro Tag. Seit Ende 1925 beträgt der Minimallohn in allen Werken Fords 6 Dollar pro Tag (25,20 Mk.), bei fünf mal acht gleich vierzigstündiger Arbeitszeit pro Woche. Dabei hat Ford, wie er sagt, nicht zuletzt gerade infolge dieser Lohnsteigerung eine Verbilligung des Autos um 40 Proz. seit 1914 vornehmen können. Interessant und ein wenig amerikanisch mutet einem allerdings an, wenn Ford in mehreren Kapiteln seines neuen Buches ausführlich darlegt, daß er zu Leitern seiner Betriebe stets (sozusagen grundsätzlich) Nichtfachmänner wählt, da Techniker und Verwaltungsbeamte sowohl wie andere Fachleute „erfahrungsgemäß“ sehr bald erklären, daß „diese oder jene Neuerung nicht durchführbar sei“. Sobald er einen Nichtfachmann als Leiter einstellte, der natürlich alle sonstigen Eigenschaften eines Wirtschaftsführers haben muß, wurde die Neuerung dennoch möglich und durchführbar. Ford hat einen ungeheuren Erfahrungsschatz, der sich auf zahlreiche Fabriken von Amerika, Frankreich, England, Deutschland, Italien, Rußland usw. erstreckt, und überall sind von ihm die gleichen Erfahrungen gemacht worden. Das ist überaus bemerkenswert. Wenn viele glauben, Ford damit abtun zu können, daß das Ford-System „echt

amerikanisch“ sei und deshalb für Deutschland nicht anwendbar wäre, so wird dies gerade von Ford überzeugend widerlegt! Für Gewerkschafter spricht Ford eine Selbstverständlichkeit aus, wenn er wörtlich sagt (Seite 52): „Tüchtige Männer arbeiten nicht zu niedrigen Löhnen,“ wie er überhaupt in dem ganzen Buch fortgesetzt die hohen Löhne als einer der tragenden Pfeiler seines Systems bezeichnet. Er hat eine vollständig neue Glasindustrie für Fordwagen geschaffen, ferner ganze Wälder angekauft, um genügend Holz für Karosserien zu gewinnen. Auch schuf er eine kleine Dampfer-Flotille, um den Transport von Autos in die verschiedenen Kontinente zu besorgen. Alle diese Leute, die bei ihm beschäftigt sind, und die, wie z. B. in der neuen Schiffsahrt, oft nur den zehnten Teil des Ford-Minimallohnes erhielten, werden bei ihm mit sechs Dollar pro Tag als Minimallohn bezahlt. Mehr denn 60 Prozent seiner Leute bekommen einen höheren Lohn! Diese Zahlen sind bislang von niemand bestritten worden, sie sind auch zu kontrollieren. Werkmeister und Gruppenleiter, die alle mitarbeiten, beziehen 8 bis 9 Dollar pro Tag! Hingegen ist so gut wie gar kein Bureaupersonal bei ihm vorhanden. Selbst Teilfabriken mit mehr denn 500 Arbeitern haben nur drei bis vier Angestellte in der Verwaltung. Jeder Meister und Vorarbeiter muß mittätig sein und zuvor die einfachere Arbeit längere Zeit gemacht haben.

Sehr ausführlich verbreitet sich Ford auch über die Tradition, die besonders in Deutschland und anderen europäischen Ländern (noch schlimmer in England!) vorhanden ist und die z. B. den einmal gelernten Beruf unter allen Umständen beibehalten will. Ford unterscheidet nur zwischen ungelerten Arbeitern, die zunächst als solche eingestellt werden, selbst, wenn sie vorher einmal in hochqualifizierten Berufen (Handwerker oder Akademiker) tätig waren, und die nun erst infolge ihrer Beschäftigung emporkommen zum Vorarbeiter (Voh) oder Werkführer und Betriebsleiter.

Genau wird man sagen können, daß manche Schilderungen Fords (bei seiner Uebernahme neuer Werke und Industrien) für Deutschland insofern selbstverständlich sind, als die von ihm so viel gepriesene Sauberkeit der Werke, die auch im Americanab der Gewerkschaften anerkannt wird, und die uns auch von unserem Kollegen Müntner anlässlich seiner Studienreise besonders betätigt wurde, für Deutschland größtenteils eine Selbstverständlichkeit ist, während die amerikanische Industrie zum Teil noch recht primitiv und unfauber arbeitet!

Außerordentlich interessant erscheint uns auch, was Ford auf Seite 60 über die Bergarbeit ausführt. Bei Uebernahme eines Bergwerkes war die erste Aufgabe, die Unsicherheit des Betriebes aufzuheben und es gesa h r e n s i c h e r zu machen. Eine peinlichste Ordnung ist herbeigeführt worden. Auch hier läßt sich eine relative Sauberkeit erreichen, wie sie in englischen und amerikanischen Bergwerken sonst nicht zu finden ist und wahrscheinlich auch bei uns in Deutschland vielfach noch fehlt. Ford ist übrigens der Ansicht, daß der Kohlenbergbau eine der zurückgebliebenen Industrien sei, die eine vollständige technische Umgestaltung erfahren müßte und deren Unannehmlichkeiten und Gefahren im Arbeitsprozeß durch Maschinen wesentlich abgestellt werden könnte.

Im 5. Kapitel geht Ford noch einmal scharf ins Zeug gegen den europäischen Kapitalismus. Vieles, was er sagt, könnte auch von einem Sozialisten geschrieben sein!

Fords Ausführungen über Normierung haben große Beachtung gefunden auch in Unternehmerkreisen und bei Technikern. Im 7. Kapitel seines neuen Wertes läßt er sich erneut darüber aus. Auch für die deutsche Arbeiterschaft läßt sich noch viel Interessantes daraus schöpfen. Es gibt auch bei uns unendlich viel Handwerker, die noch in dem Wahn leben, ihre Tätigkeit sei durch maschinelle Arbeit in ihrer Feinheit und Güte nicht zu erreichen. Ford ist grundsätzlich Anhänger der Maschinenarbeit für alle schweren Arbeiten, sowie für solche Präzisionsarbeiten, die die Sinne und Geschicklichkeit der Menschen in ungewöhnlichem Maße in Anspruch nehmen. Seine Ausführungen haben u. E. sehr starke Beweiskraft und in weiten Kreisen der deutschen Arbeiter konnte man manches daraus lernen, wenngleich zugegeben werden soll, daß die Arbeiterschaft ja leider keinerlei Entscheidung über die Einführung von Maschinen hat. Hier würde u. E. einem wirklich demokratisch zukommendsten Wirtschaftskörper eine große Aufgabe blühen. Aber wie die Dinge in Deutschland einmal gelagert sind, ist nicht anzunehmen, daß die deutschen Wirtschaftsführer sich ihre ostentativ mangelnde Initiative durch irgendwelchen Einspruch starken lassen. Wenn man im 8. Kapitel liest, wie die Verschwendung von Materialien und Arbeitskraft als Lehrmeisterin für die Umgestaltung der nordischen Industrien gewirkt hat, so möchte man, wenn man in Deutschland die Augen offen hält, an vielen, vielen Stellen wünschen, daß uns einige hundert deutsche Fords erkänden, um Abhilfe zu schaffen.

Auf Seite 129 kommt Ford noch einmal auf die Reichartung



der Produktion durch die Gewerkschaften zu sprechen. Dabei meint er offenkundig nicht nur Amerika allein, sondern auch das moderne Deutschland. Uns will scheinen, daß Ford hier schlecht informiert worden ist. Nüchtern liegt es mit seinem Ausspruch auf Seite 156, daß das Ideal der Sozialreformer sei: „Etwas für nichts zu erhalten.“ Er macht sich diese Strohpuppe als Popanz und schlägt dann ausgiebig mit gutem Erfolg drauf los. Wenigleich wir über die Spezies der bürokratischen Sozialreformer auch so unsere eigene Meinung haben und nicht allzuviel Hilfe von ihnen erwarten können; ist doch das Bild, wie es Ford zeichnet, karikiert. Ford will, daß man „Etwas für etwas erhält“. Dagegen wird auch der deutsche Sozialreformer kaum etwas einwenden. Viele Seiten werden im neuen „Ford“ verwannt, um den Nachweis zu erbringen, daß durch Ersparnisse an Holz usw. ungeheure Summen der Industrie erhalten werden können. Er wendet sich scharf gegen die Schaffung einer Reserve-Armee und erklärt, daß er in seinen Werken mit mehr denn 300.000 Arbeitern kaum 2 Proz. Arbeitswechsel aufzuweisen habe, so daß eine ständige Arbeit in allen Betrieben ermöglicht worden ist.

Auf Seite 179 und folgende behandelt Ford erneut einen Lieblingsgedanken: „Die Dezentralisation und die Vorindustrie“. Bauern und Farmer sind vielfach Arbeiter während etwa zwei Drittel des Jahres in manchen seiner Fabriken, um in der übrigen Jahreszeit ihre Felder (mit Ford-Maschinen) zu bestellen! Dieses System habe sich für beide Teile glänzend bewährt.

Bezüglich der Frauenarbeit sagt Ford, daß er verheiratete Frauen nur dann beschäftigt, wenn der Mann krank sei oder invalide. Aber sonst beschäftige er sehr viele unverheiratete Frauen zu den gleichen Lohnsätzen wie die Männer, also 6 Dollar pro Tag als Minimum. Auch das sind Dinge, die vom Unternehmer, soweit sie sich zu den fórdischen Schriften stellen, gern und gewiß nicht unabsichtlich vergessen werden. Ford hat als Verwaltungsgrundsatz ein sehr einfaches Prinzip. Unten gar keinen Umständen möchte er größere Bureaus haben. Deswegen hat er nur drei Posten für die gesamte Verwaltungsarbeit als Grundlage vorgesehen: 1. das Material, 2. die fertigen Artikel und 3. beschäftigte Leute. Er kommt zu dem Resultat, daß in Fortsetzung seines Prinzips einer Dezentralisation, nachdem früher das Handwerk im Hause war und später die Industrie die Zusammenballung der Arbeitermassen mit sich brachte, nun wieder durch die Verwendung der Wasser-Elektrizität (die er in ungeheurer Maße ausnützt) die Kraftarbeit im Hause vor sich gehen könne. Damit würde der Bureauapparat vollständig hinfällig werden. In einer Scheinwerferfabrik Fords, in der 500 Mann beschäftigt sind, sind nur zwei Angestellte!

Eines der wichtigsten Kapitel (13) heißt: „Löhne, Arbeitszeit und Wohlfahrt“. Hier setzt sich Ford erneut und eindringlich auseinander mit dem allgemeinen kapitalistischen Unternehmerprinzip: niedrige Löhne, lange Arbeitszeit. Er ist der Meinung, daß hohe Löhne unbedingtes Erfordernis sind, daß auf der anderen Seite harte Arbeit unter allen Umständen durch die Maschinen zu leisten

ist. Und wenn man den Satz natürlich scharf bekämpfen müsse, „Leben ohne zu arbeiten“, so sei auf der anderen Seite auch feststehend: „Die Herabsetzung der Löhne bedeutet eine Verlängerung der Arbeit.“ Ferner müßten unter allen Umständen möglichst niedrige Preise in der Produktion durchgeführt werden.

Auf Seite 106 schildert Ford die angeblich zu langsame Tätigkeit eines englischen Maurers. Daß er aber die Sache nicht nur einseitig ansieht, mag folgendes Zitat beweisen:

„Gewerkschaftliche Produktionsbeschränkungen können in einem gutgeleiteten Geschäftunternehmen nie zur Geltung gelangen. Derzeitige Bestrebungen sind nur eine Antidote auf schlechte Leitung. Wenn ein Fabrikarbeiter sein Produkt zu teuer verkauft, sein Auge nur auf den Gewinn statt auf die Kosten richtet, wird er niedrige Löhne zahlen, da er nicht zu begreifen vermag, was für eine Klasse Arbeiter er braucht. Zurüß seine Preise ergebt er seinen Markt ein. Beschäft sollten die Arbeiter, die für ihn schulden, dann nicht ebenfalls ihre Leistungen einschränken? Warum sollten wohl Arbeiter für einen Unternehmer bei dessen hergeben, der sein Geschäft nicht so führen will, daß er angemessene Löhne bezahlen kann?“

Ford bekennt auch an anderer Stelle seines Buches wiederholt, daß der lässige Fabrikherr natürlich noch viel schlimmer sei als der „lässige Arbeiter“. Sehr eindringlich und interessant sind seine Ausführungen über den Samstagstag (S. 200) und folgenden. Er habe diese Zeitgenossen nicht gewählt aus irgendeinem menschenfreundlichen Prinzip heraus, sondern aus der Tatsache, daß in dieser Zeit die bestmögliche Arbeitsverwertung gesichert werden könne, während darüber hinaus eine Qualitätssteigerung auf die Dauer nicht zu erzielen sei. Ford sagt, die Werke des Großindustriellen müßten so beschaffen sein, daß auch die angestellten Arbeiter einen Teil ihrer Ersparnisse darin investieren; aus freien Stücken natürlich, weil sie Vertrauen zu dem Unternehmen haben. Er berichtet, daß bei ihm die Arbeiter insgesamt allein 22 Millionen Dollar Spargeld investiert haben. Nun, hierin sind wir ganz anderer Meinung. Für etwaige Arbeiter Spargelder kommen viel better Konsumgüter und Arbeitsvermögen in Frage.

Ford hat auch Werkstätten eingerichtet, die sich sehr großen Zuspruchs erfreuen, bei denen mehr denn 5000 bereits in den Viten vorgemerkt sind. Hier lernt man in vierjähriger Schulung die gesamten Einzelarbeiten der Ford-Industrien. Fast alle diese Schüler und Werkstätten werden später „graduiert“, d. h. als Werkführer usw. verwendet, mit einem Tagelohn von 8 bis 9 Dollar.

In einem besonderen Kapitel behandelt Ford auch das Thema: „Heilung oder Verhütung“. Er kommt dabei auf die Krankenhäuser zu sprechen und gibt ein recht interessantes und eindringliches Bild des von ihm neuerrichteten Krankenhauses. Wir werden einen Teil dieses Kapitels in einer der nächsten Nummern der „Sanitätswoche“ abdrucken, da es für unsere Kollegen der Reichsleitung „Gesundheitswesen“ von besonderem Interesse ist. Wenn freilich Ford auf Seite 240 zu dem Gesamtresultat kommt, daß eines Tages jemand Bedingungen schaffen würde, die die Krankenhäuser überflüssig machen, so kommt uns das doch rechtlich phantastisch vor.

## Unter dem Zwange der wirtschaftlichen Entwicklung

Die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft legt sich immer stärker durch. Nach und nach werden alle Zweige derselben von ihr erfasst. Es liegt das im Wesen der neueren Entwicklung selbst, die, einmal in die Wege geleitet, fortgesetzt weiter um sich greift. Ihren Weg zeigen die Großgebilde der östlichen und westlichen Schwerindustrie, die Fusionen und Interessengemeinschaften. Neuerdings machen sich Anzeichen bemerkbar, daß auch das Bankgewerbe von ihr ergriffen wird, mit der Tendenz, den noch immer stark überlegten Apparat des Bankwesens der verminderten Warenproduktion anzupassen, den Geldumschlag zu verbilligen und die für die gegenwärtige Wirtschaft untragbaren hohen Zinsen auf ein annehmbares Maß herabzusetzen. Der Mangel an Mitteln, dem die Befriedigung dringender allgemeiner Bedürfnisse gegenübersteht, hat die dahin gerichtete Entwicklung zu einer zwangsläufigen gemacht, die alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens in ihren Bereich zieht. Selbst das bisher so konservative Bankgewerbe ist davon ergriffen worden. Das gleiche trifft für die öffentlichen und kommunalen Betriebe zu. Überall tritt das Bestreben auf, den Arbeitsaufwand zu vermindern und dessen Ergebnis zu verbilligen.

Mit besonderer Intensität geht die technische und organisatorische Umwälzung in der Fertigungsindustrie vor sich. Hier stehen wir gerade zu vor einer wirtschaftlichen Revolution von größtem Ausmaß. Demnach befinden wir uns — wie auch auf der kürzlich in Stuttgart stattgefundenen betriebstechnischen Tagung der süddeutschen Industrie-

festgestellt wurde — erst am Beginn der dritten großen Phase der Industrialisierung. Die erste begann mit der Manufaktur, die mit ihrer arbeitsteiligen Handarbeit bereits die Elemente der nunmehr zur rationalen Durchföhrung kommenden Arbeitsteilung bereitete. Ihr folgte die Dampfmaschine mit ihrer Bedrängung bjm. Einschränkung der menschlichen und tierischen Kraft, worauf sich nunmehr die neue Produktionsweise aufbaute. Die Tragweite dieser Umwälzung ist noch nicht abzusehen, klar aber ist bereits, daß sie nicht nur eine Neueinstellung der Nachwelt, sondern auch des Publikums erfordert, dessen Bedürfnisse und Gewohnheitsvorstellungen sich ihr anpassen müssen.

Daß diese Neueinstellung nicht so ohne weiteres vor sich geht, ist der Grund, warum man noch vor kurzer Zeit in industriellen Kreisen einer Rationalisierung der Produktion nach amerikanischem Muster sehr skeptisch gegenüberstand. Für einzelne Industriezweige ließ man ihre Durchführungsbedingungen allmählich eelten. Bedenken wurde jedoch, daß in Deutschland die Voraussetzungen für eine Massenherstellung in größerem Umfang vorhanden seien. Hieraus folgte te man, daß sich die deutsche Industrie nur auf die Fertigung hochwertiger, auf die Geschwindigkeit und Ausbeute ihrer Arbeiter gegandeter Qualitätsarbeit einstellen dürfe. Das sei um so mehr notwendig, als der deutsche Verbraucher infolge seiner individuellen Gewohnheitsvorstellung zu einer auf verhältnismäßig wenige Normen und Typen begründeten Rationalisierung der Warenherstellung einen durchaus ablehnenden Standpunkt einnehme. Deshalb sei es auch

ausgeschlossen, daß sich die Fließarbeit lohne und in weiterem Umfang Verbreitung finden könne. Für eine derartige Umstellung fehlte es daher der deutschen Industrie an den erforderlichen Werkstoffmengen sowie an der Kaufkraft der Bevölkerung, die weit hinter der amerikanischen zurückstehe.

Diese weit verbreitete, in wesentlichen Punkten unrichtige Auffassung fand in den mißglückten Experimenten verschiedener industrieller Großbetriebe, die zur Fließarbeit übergingen, eine scheinbare Bestätigung. Obwohl sie mit der Rationalisierung ihrer Produktion eine sehr wesentliche Preisherabsetzung eintreten ließen, wollte sich die erwartete Steigerung des Absatzes ihrer Erzeugnisse nicht einstellen. Die Folge waren Einschränkungen des Betriebs und Ansohnerentlassungen. Damit seien bewiesen, daß die amerikanischen Verhältnisse nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragen werden könnten und es geboten war, in der Frage der Rationalisierung möglichst Zurückhaltung zu üben. Eine ähnliche Auffassung kam in der Stellungnahme des Großhandels zu diesem Gegenstand zum Vorschein. So war noch auf der vor kurzem stattgefundenen Tagung des Zentralverbandes des Großhandels in Düsseldorf ziemlich deutlich zu erkennen, daß der Großhandel den Rationalisierungs-, Normalisierungs- und Typisierungsbestrebungen der Industrie zum mindesten wenig freundlich gegenübersteht.

Diese Stellung des Großhandels, die sehr wesentlich zur Ersetzung einer allgemeinen Rationalisierung der Erzeugung beiträgt, ist erklärlich. Sie entspringt der Befürchtung, daß sich aus ihrer Vereinfachung des Absatzes erweitere, die das Inverbindlichwerden von Erzeugern und Verbrauchern erleichtert und schließlich den Großhandel als überflüssiges Zwischenglied ausschaltet. Mag diese Befürchtung auch zurzeit noch gegenstandslos sein, so ist doch die Tendenz zu einer Beschränkung des Großhandels in der wirtschaftlichen Entwicklung nicht abzuleugnen. Nicht nur die Industrie, sondern auch der Einzelhandel zeigt immer stärker das Bestreben, ohne den Großhandel auszukommen, der so, von zwei Seiten bedrängt, seine gegenwärtige Stellung zu verteidigen sucht. Einer ähnlichen Situation steht übrigens auch der Einzelhandel gegenüber. Die zunehmende Ausbreitung der Konsumereinsbewegung wie die Bewegungen der Industrie, wenigstens mit bestimmten Verbrauchergruppen zum Zwecke ihres Warenablasses in unmittelbare Führung zu kommen, beeinträchtigen seine Lage. Der Handel lebt eben vorwiegend von der Kompliziertheit der Verbindungen zwischen Produktion und Verbrauch.

Auf die Dauer wird der Handel diese Stellung nicht aufrecht erhalten können. Die Rationalisierung der Erzeugung fordert unweigerlich auch die Kapazität des Handels an die veränderten Verhältnisse. Es geht nicht an die Produktion zu beschleunigen und zu verbilligen, dagegen die durch die Zerplitterung und Ueberflutung des Handels verursachte Warenverwertung bestehen zu lassen. Das würde dem Gedanken der Rationalisierung, der für die Produktion

wie für die Verteilung eine höhere Wirtschaftlichkeit fordert, geradezu ins Gesicht schlagen. Daß sich die Rationalisierungsbestrebungen nicht sofort als erfolgreich erweisen, kann nicht als Beweis gegen ihre Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit gelten. Es ist ausgeschlossen, bei allgemein daniederliegender Kaufkraft für einzelne verbilligte Waren, besonders wenn sie nur der Befriedigung von Luxusbedürfnissen dienen, eine den bisherigen Absatz weit übersteigende Nachfrage zu erzeugen. Diese kann sich nur in Verbindung mit einer allgemeinen Steigerung der Kaufkraft heben. Außerdem ist es zweifellos, daß die Rationalisierung der Erzeugung Industrie, Handel und Presse vor eine sehr schwierige Erziehungsaufgabe stellen, bei der es gilt, gegen alte Gewohnheiten und Vorurteile zu kämpfen, wenn durchgreifende Erfolge erzielt werden sollen.

In dieser Richtung wurden auf der bereits angeführten betriebswirtschaftlichen Tagung wichtige Anregungen gegeben. Von besonderer Bedeutung war jedoch die Feststellung, daß die Erhöhung der Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters soweit als möglich in einer Preisfestsetzung der Ware und Erhöhung der Löhne Ausdruck finden müßte, um dadurch Kaufkraft und Verbrauch zu heben. Die Erhöhung der Gewinnrate des Unternehmers ergebe sich aus der ersetzten Ersparnis an Betriebskapital und der Steigerung des Absatzes bei gleichbleibenden oder nur unwesentlich erhöhten allgemeinen Kosten. Diese von den der Tagung anwesenden Hausbesitzern und Betriebsleitern widerspruchlos hinzunehmende Anerkennung des bisher von den Gewerkschaften vertretenen Standpunktes bedeutet eine scharfe Abgabe gegen die von den Unternehmern seitlich betriebene Rationalisierungspolitik. Denn was bis bisher in dieser Richtung unternommen, brachte ihnen zwar Vorteil, den Arbeitern dagegen schwere Schädigungen, weil die Wohlleistungen der Arbeiter nicht dazu dienten, die Preise zu ernähren, sondern die Löhne herabzudrücken, den Unternehmern Gewinn zu steigern und Arbeiter überflüssig zu machen.

Eine Rationalisierungspolitik dieser Art kann nicht zu wirtschaftlichen Erfolgen führen, sondern muß an ihrer eigenen Widersinnigkeit scheitern. Das scheint man allmählich auch im Unternehmertum einzusehen. Die Konsumereinsbewegungen rufen sich und zwingen zur Umkehr! Zunächst ist diese bessere Ansicht noch nicht Allgemeinut des Unternehmertums. Doch das ist immer so, einer wartet auf den anderen. Daß hierin bald eine Änderung eintritt, wäre vor allem Aufgabe der öffentlichen Betriebe. Leider hinken sie nur zu oft selbst allen sozialen Befürchtungen nach, weil die verantwortlichen Stellen die Angriffe der Unternehmer scheuen. Daß es dennoch vorwärts geht, wird daher Sorge der Gewerkschaften bleiben, die im Kampfe gegen die von den Unternehmern geplante Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen schon längst den Standpunkt vertreten, zu dem sich nun, gewungen durch die wirtschaftliche Entwicklung, die einschüchternden Kreise des Unternehmertums zu bekennen anfangen. Rattutat.

## Köln und Berlin

(Das Auf und Ab zweier Städte im Spiegel der Vergangenheit.)

Wenn wir in Annalen der Geschichte zurückblättern und am Ausgange des Mittelalters an Stelle der einst so blühenden, mächtigen und handelsreichen Stadt Köln an Rhein eine im Innern verdunderte Stadtgemeinde, in der es von Bettlern, Vagabunden und hergelauenen Volk geradezu wimmelte, antreffen, auf der anderen Seite dagegen rechts der Elbe in dem sicherlich durchaus nicht fruchtbaren Landstrich der Mark die emporschlüpfende Stadtflucht Berlin Köln vorfinden, so ist die Frage nach dem ursächlichen Zusammenhang wohl berechtigt. Die Geschichte ist beinahe die Lehrmeisterin der Völker. Auch heute noch, wo der Kampf um Zentralisation oder Dezentralisation der einzelnen Stadtgemeinden, um Bevormundung seitens der Regierung oder weitestgehende Selbstverwaltung der Städte wieder a Fußboden scheint, gibt uns die Vergangenheit manchen guten Rat, den man ruhig beherzigen darf. Denn ehrlich gestanden, sind die meisten wirtschaftlichen Erscheinungen in irgendeiner Form mal in der Geschichte aufgetaucht, wenn auch an Größe und Nachdruck ganz verschieden. Projiziert man auf diese Erscheinungen die jeweilige Bevölkerungszahl, Gebietsgröße, Verkehrsmittel und das gesamte kulturelle Niveau, so ist die Resultante zu allen Zeiten die gleiche. Versuchen wir nachstehend die Ursachen des Auf und Ab beider Städte zu erschellen.

Künste, Elagnation und Verfall der reichen ehemaligen freien Reichsstadt Köln geht mit denen des Junfswelens genau parallel. Das Entstehen der Zünfte lief in das 11. und 12. Jahrhundert

verlegt. Ihre reichste Macht entfalten sie im 14. und 15. Jahrhundert. Niedstand und Verfall erstreckten sich von etwa 1560 bis zu Anfang des 19. Jahrhunderts. So lassen sich auch chronologisch drei Abschnitte in ihrer Entwicklung verfolgen. Es sind dies:

1. Freie Ausdehnung für das Handwerk,
2. Die zwangsweise Einordnung des Handwerks und Nachtentfaltung.
3. Der übertriebene, einseitige Kastengeist, der alles bevormunden will.

Zum besseren Verständnis müssen wir etwas weiter ausholen. Im Anfang hatten die Zünfte dem geistlichen und weltlichen Adel gegenüber einen schweren Stand. Letzterer als Patronat war Herr der Stadt, sah im Stadtrat und übte in der Ueberzahl die wichtigsten und höchsten Ämter aus. Die Zünfte, oder mit dem anderen Namen Bruderschaften in Köln genannt, waren ja auch nur bestrebt, dem Handwerk eine freie Entwicklung und Entfaltung zu sichern, die ökonomische Existenz sicherzustellen und innerhalb der Zunft korporativen Geist und Gemeinwesen zu bilden und zu pflegen. Durch ihre Satzungen, die allen Berufsinteressen und Wünschen der verschiedenen Handwerkerberufe gerecht zu werden versuchten, sowie gefestigten Zusammenkünfte wurden nach und nach alle im Beruf Tätige restlos erfasst. Ob nun die Wurzel des Junfswelens in der gesellschaftlichen Idee einer für alle und alle für einen zu suchen ist, darüber ist sich die Wissenschaft noch nicht einig. Die Zunft wurde anfangs im Rahmen der Stadt, da sie noch klein, schwach an Zahl und jung war, quasi nur geduldet. Im Laufe der Zeit aber, als der Adel nur noch ein Viertel der städtischen Bevölkerung ausmachte, mußte er nachgeben auf die Zünfte Rücksicht nehmen und diese durch den Erzbischof mit wichtigen Privilegien ausstatten

## Konferenz der Straßenwärtter in Braunschweig

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter als Einheitsorganisation aller Arbeitnehmer der öffentlich-rechtlichen Betriebe und Verwaltungen berief die Berufsgruppe der Straßenwärtter, die nahezu einheitlich dem Verbands angehört, zu einer Konferenz auf Sonnabend, den 20., und Sonntag, den 21. November 1926, nach Braunschweig ein. An dieser Konferenz nehmen aus allen Teilen des Reiches 300 Straßenwärtter teil. Es sollen insbesondere folgende Punkte behandelt werden:

1. Erfahrungen mit neuzeitlichen Fahrbahnbefeichtigungen unter Berücksichtigung der Automobilverkehrsstraße des Deutschen Straßenbauverbandes in Braunschweig
2. Baumpflege und Baumkultur bzw. Bekämpfung der Baumschädlinge der Obstbäume an den Landstraßen.
3. a) Auszüge aus dem Betriebsratsgesetz; b) aus der Unfallversicherung
4. a) Äußere Lohn- und Tarifpolitik. b) R. hehlen.
5. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter als Einheitsorganisation aller Arbeitnehmer der öffentlich-rechtlichen Betriebe und Verwaltungen.
6. Filmvorführung der Straßenbauten aus der früheren und der Neuzeit.

Die Konferenz trägt neben den zur Beratung stehenden wirtschaftlichen Fragen einen beruflichen Charakter, was sich besonders aus den einzelnen Punkten der Tagesordnung ergibt. Dienten früher die Landstraßen besonders dem leichten Verkehr bzw. als Verbindungslinien von der Produktionsstelle zur nächsten Eisenbahnverladestelle, um die etwaigen Erzeugnisse zum Transport im Inland oder Exportierung durch die Eisenbahn weiterzuleiten, so ist im Laufe der letzten Jahre auf diesem Gebiete eine wesentliche Umstellung erfolgt, deren Endergebnis noch keineswegs abgesehen werden kann. Infolge der ungeahnten Fortschritte der technischen Erfindungen, Verbesserungen in der Automobilindustrie, der Industriestellung der modernsten Großkraftfahrzeuge aller Art ist das leichte Fuhrwerk nahezu vollkommen verfallen, wo-oben. Die Landstraßen formen deshalb besonders in den erzeugenden Industriegebieten kaum noch als Verbindungslinie zu den Eisenbahnverladestellen anzuwenden werden, sondern sie bilden mehr und mehr ein Stück der selbständigen neuen modernen Verkehrsrichtung. Neben der Eisenbahn und den Wasserstraßen wird der Verkehr zur Beförderung von Erzeugnissen auf der Landstraße keinen Platz beanspruchen und eine der wichtigsten Verkehrsadern der Zukunft werden. Im ständigen Fortschreiten der technischen Entwicklung des zunehmenden Verkehrs der schweren Lastkraftfahrzeuge und des Personenverkehrs erwachsen den leitenden und verantwortlichen Baufachmännern der einzelnen Straßenbauämter und deren Organen täglich neue Sorgen, um den Ansprüchen des neuen und modernen Verkehrs gerecht zu werden. Verkehrsstraßen unter Anwendung aller technischen Er-

fahrungen der Baufachmänner werden gebaut. Besondere Mischungen der geeigneten Materialien und Steine werden erprobt, um widerstandsfähige Straßendecken zu erreichen. Zu diesem Zweck hat man vor mehr als Jahresfrist in Braunschweig bereits Verkehrsstraßen gebaut, um praktische Erfahrungen auf diesem Gebiete zu sammeln. Leider erkennt man in der Öffentlichkeit nicht immer und überall frühzeitig genug, welche Ansprüche der Verkehr an die Landstraßen stellt. Es finden die Anschauungen der beruflichen Fachmänner nicht immer die gebührende Beachtung. Die Schwierigkeiten sind um so größer, als in den meisten Fällen weder die alten Straßensflächen noch die Unterlagen der Straßendecken dem schweren mechanischen Verkehr standhalten. Ungeheure Mittel werden deshalb für die Zukunft für Um- und Straßenneubauten erforderlich, wenn der Verkehr nicht infolge mangelhafter oder unzureichender Straßen leid. n soll. Die produzierende Kraftfahrzeugindustrie verlangt freie Bahn und darf in ihrer Entwicklung nicht gestört oder gehemmt werden. Die Landstraßen müssen den Anforderungen der Neuzeit angepaßt werden. Mit dieser vollkommenen Umwälzung werden die Ansprüche an die Arbeitsleistung der beruflichen Beamten, Straßenwärtter und Arbeiter natürlich immer größer und bis aufs äusserste gesteigert. Immer neue Arbeitsmethoden bilden sich infolge der notwendigen Versuche und Abnützungen heraus. Neben den Straßenneubauten und der Instandhaltung derselben usw. hat der Straßenwärtter einen wesentlichen Teil seines Vieles der Baumkultur und der Baumpflege der Obstbäume an der Landstraße zu widmen. Der umfangreiche und keineswegs beneidenswerte Beruf eines Straßenwärtters, der Wind und Wetter ausgesetzt ist, erfordert eine gründliche Nachprüfung. Entsprechend den Leistungen muß eine dementsprechende tarifliche Bezahlung des Berufs gestiftet werden. Ferner ist die Einführung einer Anordnungsordnung für die Straßenwärtter, die im großen und ganzen Jahrzehnte im Dienst stehen und ergrauen, erforderlich, um, wenn die Arbeitstrait verbraucht ist, der einzelne vor Not und Elend geschützt ist und ohne Sorge seine letzten Lebensjahre beschließen kann. Neben den wichtigsten beruflichen Aufgaben, die der Straßenwärtter im Dienst zu erfüllen hat, wird sich die Konferenz auch mit solchen Fragen grundlegenden Art beschäftigen müssen. Möge es gelingen, in der alten historischen Stadt Braunschweig für die Straßenwärtter das Fundament des beruflichen und sozialen Aufbaus zur weiteren Entwicklung und Gedeihen zu legen.

H. W.

Die Revolution ist noch eine und dieselbe, wir haben erst den Anfang gesehen, und viele von uns werden die Mitte nicht überleben!  
Heinrich Heine.



Marktreiden auf dem Alten Markt im 17. Jahrhundert

lassen. Baum-, Meilen- und Stapelrechte gingen so an die Zünfte über. Auch im Stadtrat bekamen sie allmählich Sitz und Stimme. Unverdroßen strebten sie indessen weiter, für ihre Rechte selbst einzustehen und nichts von der Gnade der Patrizier anzunehmen. Immer größer wurde aber auch der Zulauf vom platten Lande in die Stadt, da diese den einzelnen durch Uebertritt zur Zunft freimachte, woher die Bezeichnung „Stadtlust macht frei“ herrührte. Bei zunehmender Bevölkerung gestaltete sich die Lebensmittelversorgung der Stadt von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer schwieriger. Die

Zünfte verlangten daher nach weiteren Vorrechten, die das Patriziat jedoch ablehnte. Die Folge waren lange blutige Kämpfe zwischen Erzbischof, Adel und Zünfte bis letztere endlich Sieger blieben. Es war dies wohl die größte soziale Revolution der damaligen Zeit. Nach dieser Zeit etwa legte dann infolge der geistigen Regsamkeit, des Fleißes und kaufmännischen Sinnes der Köhner, unterstützt durch die geradezu ideale Lage am Rheinstrom für den Durchgangsverkehr nach Süden und Norden, Westen und Osten, eine nie geahnte Blüte ein, die etwa um 1550 herum abnahm und von da ab einem allmählichen Verfall Platz machte. Dies kam daher, weil die Zunft nach und nach einen fastenmäßigen Anstrich bekommen hatte. Das ganze System erstarrte gleichsam im Formelstrahl und verknöchernte. Dabei wollte der Stadtrat keine der Zunftprivilegien geschmälert wissen. In sozialer Hinsicht war die allgemeine Gleichheit in Stand, Gewerbe und Einkommen, die geringe Differenzierung in geistiger Beziehung von größtem Hebel. Damit wurde eine breite Mittelmäßigkeit großgezogen, dem begabten Talent und Vorwärtstrebenden jedoch der Aufstieg unmöglich gemacht. Der Satz: einer für alle und alle für einen, hier von der Mehrseite betrachtet, wurde allzu praktisch ausgelegt und dadurch an sich vernünftige demokratische Ideen, die im Kernpunkte des ganzen Zunftwesens enthalten sind, in erorbitanter Weise auf die Spitze getrieben. Kein Wunder, wenn die satte Behaglichkeit und ein Hang nach der Gemütsruhe hin sich mit einer ununtergeordneten Arroganz und mit Hochmut verbanden, wie Rat und Bürgerlichkeit diese mit einem gewissen Wohlgefallen nach außen hin zur Schau trugen. Aus Reiseberichten von In- und Ausländern, die freilich manchmal etwas allzu persönlich klingen, hören wir des öfteren ein hartes Urteil über Köln und seine Bewohner zur Zeit seines Niederganges. Wohl war das Stadtbild von der Rheinseite her mit seinem Dom, Kirchen und Kapellen, dem stotten



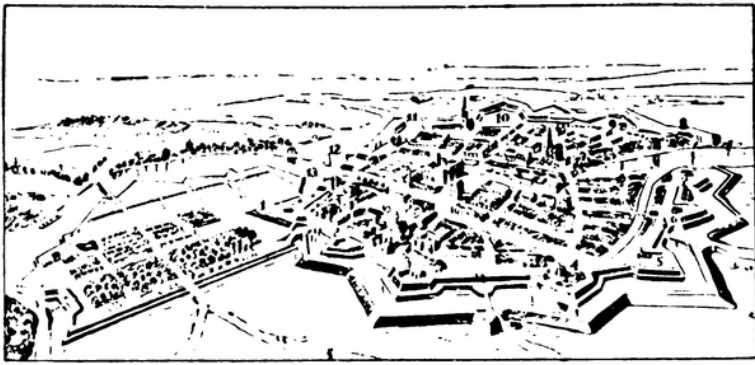
### Funktionärkonferenz für den Wirtschaftsbezirk Westfalen

Am 31. Oktober 1926 tagte im Märkischen Hof zu Bochum eine ausgezeichnet besuchte Konferenz der Filialvorstände des Wirtschaftsbezirks Westfalen. Anwesend waren 44 Vertreter der Filialen, die Geschäftsführer und der Gauvorstand. Ueber „Stand der Verschmelzungsfrage“ erstattete Bezirksleiter Gerbracht ausführlich Bericht. Nach einem kurzen Rückblick über die Entwicklung des Gedankens der Industrieorganisation in der Vorkriegszeit ging Kollege Gerbracht näher auf die Umstände ein, die zum Abschluß eines Kartellvertrages zwischen dem Deutschen Verkehrsbund, den Eisenbahnen und unserem Verbands geführt haben. Der Kartellvertrag habe keine Organisation befriedigen können, da er, anstatt die Grenzstreitigkeiten zu beheben, sie nur noch stärker in Erscheinung treten ließ. Aus diesem Zustand heraus sind dann die Verhandlungen über eine Verschmelzung der fraglichen Organisationen herausgewachsen. Auf dem Vespziger Gewerkschaftstages haben unsere Vertreter die bestimmte Entschliessung Dismann, die den Ausbau der Gewerkschaften auf der Grundlage der Industrieorganisationsform forderte, nicht nur bekräftigt, sondern auch unterschrieben. Seit Jahren fordern wir die Industrieorganisation. Das allein verpflichtet uns, die Bestrebungen auf Verschmelzung einzelner Verbände und der Schaffung greßer, schlagkräftiger und einflussreicher Industrieorganisationen zu unterstützen. Voraussetzung bleibt aber, daß die neue Großorganisation den Charakter eines Verbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe behalt und der Ausbau der sozialen Einrichtungen unserer Tarifverträge für alle Zukunft gesichert bleibt. — In der Aussprache wurde den Ausführungen Gerbrachts allgemein zugestimmt und eine im gleichen Sinne gehaltene Entschliessung angenommen.

Alsdann referierten die Kollegen Gerbracht und Vengersdorf über die Bezirksstarifverträge. Gerbracht berichtete über Verhandlungen, welche dem Abschluß des RMT vorausgegangen sind, und betonte, so schwerlich der Abbau des Zuschlages für dienstplanmäßige Sonntagsarbeit unseren Bezirk treffe, dürfte doch nicht außer acht gelassen werden, daß der RMT für das gesamte Reichsgebiet eine einheitliche Grundlage geschaffen habe, abgesehen von der Arbeitszeitregelung, die im Wirtschaftsbezirk Westfalen fortwährend neue Differenzen auslöste, insbesondere für die Lichtbetriebe, für welche die Regelung eine verschiebbare Arbeitszeit zulasse. Bei einer eventuellen Stellungnahme, ob der RMT gekündigt werden soll, dürfte die Reichstarifkommission die jetzige Arbeitszeitbestimmung nicht außer acht lassen. Redner verwies auf die Beschlüsse des Bundesvorstandes des ADGB in der Frage der Arbeitszeit und der Ueberleitenden und bemerkte, daß nach diesen Beschlüssen die bestehenden Arbeitszeitregelungen, soweit sie acht Stunden überschreiten, zu dem nächstzulässigen Termin gekündigt werden müssen. Mit dem Ar-

beitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden sind Verhandlungen beantragt, wo speziell die Arbeitszeitregelung behandelt werden soll. Der Bezirksstarifvertrag ist noch nicht zum Abschluß gekommen, da für die Theaterbetriebe keine Verständigung herbeigeführt werden konnte. Erhebliche Schwierigkeiten haben sich aus dem Neuabschluß des Tarifvertrages für die GWC-Werke ergeben. Schon bei der Vorberatung des Tarifentwurfs waren Schwierigkeiten zu überwinden. Obwohl der RMT mit seinen sozialen besseren Bestimmungen bei Urlaub und Krankentlohn als Verhandlungsgrundlage angenommen wurde, sind diese fraglichen Bestimmungen durch Umstellung unklar gehalten. Die Arbeitgeber verlangten bei den Verhandlungen einen Absatz, der die Werke verpflichten sollte, die Arbeitnehmer nur nach dem Tarifvertrag zu behandeln. Es gelang zwar, diesen Antrag zu Fall zu bringen, wir mußten dafür aber in Kauf nehmen, daß die Ziffer 9 im Lohnartikel: „W. bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen, behalten dieselben weiter ihre Gültigkeit“, gestrichen wurde. Der Arbeitgeberverband folgerte hieraus, daß nunmehr alle betrieblichen Vergünstigungen beseitigt werden müßten und verlangte durch ein Rundschreiben an seine Mitglieder den Abbau. Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband konnten zwar eine Milderung herbeiführen, jedoch konnte in der Frage der Anstufung für Mittags- und Liebernachtungsgeid keinerlei Verständigung herbeigeführt werden. Der staatliche Schlichter erklärte, daß Tarifvertrag Mindestvertrag sei und es dem einzelnen Arbeitgeber unbenommen sei, über den Tarifvertrag hinaus besondere Vergünstigungen zu gewähren. Wir müssen nunmehr abwarten, wie sich der Tarifvertrag weiter auswirkt. Redner ging dann eingehend auf die Lohnartikeln ein und schilderte die Verhandlungen, welche mit dem Arbeitgeberverband der GWC-Werke vor dem staatlichen Schlichter sowie im Arbeitsministerium geführt worden sind. Obwohl die Löhne in unserem Bezirk außerst minimal sind, gelang es nicht, eine Erhöhung durchzudrücken. Hier ist es die Wirtschaftskrise, die sich indirekt auch auf unsere Lohnartikeln in starkem Umfange auswirkt. — Von den übrigen Berträgen berichtete Kollege Vengersdorf zunächst über die beiden neuabschließenden Bezirksstarifverträge Straßenbahn und Kraftmagentlinien. Der Abschluß beider Verträge war beeinflusst durch die ungünstigen privaten Verträge der gleichen Arbeitergruppen unseres Bezirks. Trotzdem gelang es, die sozialen Verhältnisse nicht unwesentlich zu verbessern. Bei der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz gelang es, für des Pflegepersonal der Heilanstalten eine erfreuliche Aufbesserung der Bezüge durchzuführen. Wir hoffen, im kommenden Jahre dasselbe in Westfalen zu erreichen. — In der Aussprache wurde vor allem die Arbeitszeitfrage behandelt. Alle Redner begrüßten die vom ADGB eingeleiteten Maßnahmen und

Rheinischfahrtsverkehr, dem Ein und Aus am Hafen das gleiche wie ehe- dem. Im Innern der Stadt aber war eine neue Zunft, die der Bettler, herangewachsen. Frech und aufdringlich hatten sie an Kirchen vorzugsweise privilegierte Plätze inne und überließen diese bei ihrem Tode ihren leidlichen Nachkommen. Straßen und Pflöge waren mit Linger und Hurat angehäuft. Wiederholt traten aber im Stadtparlament die ärgsten Mißstände zutage. Allzuweit bedrängte der rebellische Pöbel den Ratsherrn keine Wünsche. Analog kam die einst im römischen Reich deutscher Nation so angeeignete Universität zu einer unbedeutenden Munitz-polytechnische herab, die allem Fortschritt und Neuen kritisch und ablehnend gegenüberstand. Die Indulgenz, die Rat und Bürger-schaft gegen die Protestanten manchmal bewies, sollte sich noch rächen. Letztere hielten sich in dem benachbarten Mülheim an, wo später größere Betriebe entstanden und sich allmählich eine Industriestadt entwickelte. So war dem Wohl, ehemals die größte und reichste Stadt Deutschlands, zu Beginn der Franzosenzeit zu einer Stadt mit vorwiegend ländlichem Charakter herabgesunken. Die Einwohnerzahl, im Mittelalter auf 50 000 beziffert, welche Zahl eher zu hoch als zu niedrig ist, blieb annähernd konstant. Einige Zahlen jüngerer Datums sind:



Die Festung Berlin-Kölln. Vollendet im Jahre 1673. 13 Bastionen: Kölln (Nr. 1-7), Berlin (Nr. 8-12), Wulensmühl (Nr. 13)

Im Jahre 1798 . . .	38 844 Einwohner
Im Jahre 1817 . . .	49 145 Einwohner
Im Jahre 1871 . . .	129 233 Einwohner

Zur Zeit des Niederganges der Metropole am Rhein war Berlin-Kölln ein aufblühendes Gemeindegewesen, wo Handel und Gewerbe in regamen Händen lag. Forschen wir nach den Gründen, so finden wir folgende Antwort: Im Westen und Süden des deutschen Vaterlandes hatte sich mit dem Erstarken der Zünfte der demokratische Gedanke immer mehr eingebürgert, bis er, wie wir sahen, schließlich die Oberhand

versprochen restlose Unterstützung. — Folgende Entschliessungen wurden angenommen:

**Antrag zur Arbeitszeit R.M. Gemeinbearbeiter.** In Verfolg der vom R.D.G.B. aufgestellten Forderungen auf restlose Durchführung des Achtstundentages und Abbau der Überzeitarbeit wurden die am 30. October 1926 in Potsdam versammelten Funktionäre des Wirtschaftsfestivals Weisfalen — Gewerkschaft, Geschäftsführer und Filialvorsitzenden — dem Verbandsvorstand, zum nächstzulässigen Termin die Arbeitszeitbestimmungen des R.M. Gemeinbearbeiter zu kündigen.

**Entschliessung.** Seit Jahresfrist laßt auf den Arbeitnehmern des Industriebezirks eine nie gekannte Wirtschaftskrise, welche es Hunderttausenden von fleißigen Arbeitern unmöglich macht, geregelte und lebendige Beschäftigung zu finden. Obwohl die Industrie, insbesondere der Bergbau, in den letzten Monaten eine erhebliche Besserung im Absatz ihrer Produkte erfahren hat, ist doch auf die Zahl der Arbeitslosen fast ohne Einfluß geblieben. Die Gründe sind in der verlängerten Arbeitszeit und in den übermäßig geleisteten Überstunden zu suchen. Die Konferenz einmütig von allen maßgebenden Körperschaften wie Reich, Staat, Provinz und Kommunen, welche für das Gesamtwohl des deutschen Volkes, deren weitauswärtiger Teil die Arbeiterschaft ist, verantwortlich sind, daß alle Möglichkeiten ergreifen werden, die geeignet sind, die erwerbsfähigen Volksgenossen in lebendige Beschäftigung zu bringen. In erster Linie ist die Dauer der Arbeitszeit den veränderten Produktionsverhältnissen anzupassen und darf im Besonderen oder Zweifeln nicht übersteigen, sowie ein generelles Verbot für alle Betriebsstellen zu erlassen. Dabei sind die Vorzüge der Arbeitszeit zu berücksichtigen, die im Besonderen im Falle der Arbeitszeit, als entscheidende Voraussetzung zur Wiederbelebung der Wirtschaft. Die Konferenz befragt die vom R.D.G.B. eingesetzten Beobachter als ersten Schritt zur Erreichung dieser Forderungen. Von Regierung und Parlament wird erwartet, daß sie allen Gegenständen rechtlicher Wirtschaftlicher zum Trotz den Forderungen der Gewerkschaften durch Beschlüsse der Reichsversammlung nachkommen. Die angewandten Funktionäre verpflichten sich, in ihrem Wirkungskreis im Sinne der Forderungen des R.D.G.B. zu wirken und fordern alle Arbeitnehmer in den öffentlichen Betrieben auf, durch pünktliche Wahrung und Wahrung in der Zusammenarbeit die Verwirklichung der Forderungen der Arbeiterschaft und Verminderung der Arbeitslosigkeit zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Hierauf wurde vom Kollegen Gerbracht ein Bericht über den Stand unserer Organisation im Bezirk gegeben. Daraus ergab hervor, daß unsere Organisation namentlich in den lebenswichtigen Betrieben im Laufe des Jahres gute Fortschritte gemacht hat. Eine tabellarische Uebersicht zeigte, welche Filialen noch erheblich nachzuholen haben. Zum Schluß sprach Kollege Vengersdorf noch über die Bildungsfrage. Die vom Verbandsvorstand betriebenen Bildungsarbeiten haben in unserem Bezirk weitestgehende Unterstützung gefunden. Auch dem überaus gut verlaufenen Ferienkursus auf dem Hantel bei Bielefeld wird am 14. November im Kurhaus zu Arnberg unser vierzehntägiger Winterkursus beginnen. Die Ferienpartie unseres Bezirks hat bereits in einigen größeren Filialen eine zahlreiche Anhängerschaft gefunden.

Kollege Gerbracht schloß mit einem Appell, die organisatorischen Fortschritte auch weiterhin zu steigern, die Konferenz.

behält. Im Norden und Osten kam es im Laufe der Zeit auch zu heftigen Kämpfen, die Adel und Junker miteinander ausfochten. Stets aber blieben die Fürsten Sieger und bewahrten so das Übergewicht, wie etwa in Braunschweig, Hannover und Thüringen. Daher konnten sich denn auch dort innerlich so stark gefügte Länder, nämlich die Territorialstaaten, bilden und entwickeln. Hier waren die Fürsten Herr im Hause. Mit eiserner Macht und Strenge unterdrückten sie alle Machtsbestrebungen der Junker und ließen keine demokratischen Ideen aufkommen. Allerdings war dadurch flüchtig ein Ventil geschaffen, daß diese Fürsten Stadt und Land gleichstellten und zusammenfaßten. Nicht dienende Magd und Abhängigkeit für die Junker sollte das platte Land sein, sondern als gleichberechtigter Konkurrent mit der Stadt im friedlichen Wettbewerb zusammentreten. Die Junkerfronte war also im Norden und Osten durchbrochen. Überall gab es sogenannte Freireichlein, die in Stadt und Land das Gewerbe verteilten und das Handwerk betrieben. Damit war der Boden für eine gewerbliche Entwicklung gebnet, die frei von zünftiger, weltlicher Verhinderung war. Auf diesem speziellen Boden entstand später das Manufakturwesen, der Vorläufer der heutigen Industrie. Berlin als Residenz der Hohenzollern wurde von letzteren selbstverständlich gefördert. Vertriebene Protestanten, wie Waldenser, Holländer und Engländer, wurden in Berlin bereitwillig aufgenommen und gingen später in der Bevölkerung auf. Im 1699 machten die so angesiedelten französischen Emigranten etwa den fünften Teil der Berliner Bevölkerung aus. Diese brachten (neben manchen Untertanen) auch den gallischen Industrialismus ins Land und untertrieben die Einheimischen darin. Die Schiffahrt auf der Spree wurde schärfster als bisher betrieben, der Müllroser Kanal gebaut und Verkehrsstraßen angelegt. Dadurch entwickelte sich ein reger Handelsverkehr, Ueberseeprodukte, wie Webstoffe und Raubwaren, fanden

## 30 Jahre Filiale Dresden

Im industriellen Sachsen erstarrte die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung nach dem Falle des Sozialistengesetzes sehr bald. Fast alle handwerklichen Berufe der Arbeiter hatten sich ihre Organisationen geschaffen, auch waren in den neunziger Jahren schon einige Organisationen der ungelern. Arbeiter entstanden. Dieser aufstrebenden Arbeiterschaft stand eine besonders scharfmacherische Unternehmenseinheit und eine besonders reaktionäre Verwaltungsbürokratie gegenüber, bestrebt, der Hand den Kopf zu zerschlagen. Hatte sich in dieser Zeit die private Arbeiterschaft schon starke Bollwerke in ihren Organisationen geschaffen, so hatte es doch die Gewalt der öffentlichen Machtgeber noch vermocht, die Arbeiter der öffentlichen Betriebe einzuschüchtern. Zwar hatten auch diese das Koalitionsrecht, aber die Hüter des Gesetzes sein sollten, bestrafen jeden Arbeiter, der von diesem Gesetz Gebrauch machte, mit sofortiger Entlassung.

In diese Zeit fiel die Gründung der Filiale Dresden durch die städtischen Arbeiter. Die Staatsarbeiter unterstanden dem oben geschilderten Druck noch 20 Jahre. Sie konnten erst davon erlöst werden, als der König den Sechsen den guten Rat gegeben hatte: „Macht euch ein Dack alleene!“ Im Jahre 1896 trat eine kleine Anzahl städtischer Tagelöhner infolge brutaler Niedrighaltung der Löhne und der Willkür der Beamten in den Streik. Wenn auch dieser Streik ohne besonderen Erfolg verlief, so rückte er doch die Arbeiterschaft auf, wem sie ihnen aber auch, daß ohne einen festeren Zusammenhalt keine wirkliche Arbeit möglich war. Nach einiger Zeit erfolgte zwar eine geringe Lohnerhöhung, aber auch eine verstärkte Gewaltpolitik seitens der Stadtverwaltung. Einige lakrimartige, unerschrockene Arbeiter brachten eine öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter zustande, in welcher der Desinterdikt von den unruhigsten Zuständen in den städtischen Betrieben Kenntnis gegeben werden sollte. Sie versiet aber nach kurzer Zeit der politischen Mithilfe.

Trotz aller Repressalien entwickelte sich der Verein städtischer Arbeiter zu Dresden und Umgebung. Er hatte im Jahre 1901 über 600 Mitglieder. Im Jahre 1909 trat der Verein zu dem „Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten“ über, wodurch er einen größeren Rückhalt für seine Mitglieder erlangte, als er ihnen je hätte bieten können. Durch die Anstellung eines Geschäftsführers, der unabhängig und unbed. ist die Interessen der städtischen Arbeiter wahrnehmen konnte, durch die Bildung des Bundes Dresden und die damit verbundene Anstellung eines Gewerkschafters, der wiederum einen wesentlichen Teil seiner Arbeitskraft für die Filiale verwenden konnte, erhielt die Filiale eine starke Förderung. Bei Ausbruch des Krieges betrug die Mitgliederzahl 2050, das waren rund 40 Proz. der beschäftigten städtischen Arbeiter. Sie hatte damit ungefähr daselbe Verhältnis erreicht, wie es a. h.

Eingang im Brandenburgischen und wurden allenthalben begehrt. Die Straße des Transithandels lief jetzt von Osten nach Westen, von Polen über Berlin an den Rhein ins Cleverland, das zu Preußen gehörte. So hatte friedliches Nebeneinander von Junker, Handel und Verkehr aus der früheren Sumpfstadt eine ansehnliche Gemeinde geschaffen. Die Zunahme der Bevölkerung Berlins erhielt man aus folgenden Zahlen:

Im 1654 etwa rund	10 000 Einwohner
Im 1699 etwa rund	24 000 Einwohner
Im 1730 etwa rund	58 000 Einwohner
Im 1800 etwa rund	172 000 Einwohner

Der endgültige Uebergang aus der Militär- und Beamtenstadt zum Industrie- und Handelsplatz vollzog sich dann gegen Ende des 18. Jahrhunderts infolge der großzügigen Verkehrs- und Handelspolitik Friedrichs II.

Damit hatte Berlin im Osten dem westlichen Köln gegenüber einen weiten Vorprung. Die Standortbildung Berlins für Industrie, Handel und Verkehr ist also eine künstliche. Denn die natürliche Bodenbeschaffenheit war im Vergleich zu Köln die denkbar schlechteste. Und dennoch erreichte Berlin einen ökonomischen Vorteil gegenüber Köln und gelangte zu dem Aufstieg, den es der Entwicklung des Territorialstaates, der allgemainen Gewerbebefreiung und schließlich erst not least der Mithilfe seiner eigenen Bürger zu verdanken hat.

Die Stadt Köln hat dann zu Ende des 19. Jahrhunderts die ökonomische Schlappe schnell wieder wettgemacht und seine alte wirtschaftliche Macht und Anziehungskraft wieder erlangt, so daß es heute als Führer in der deutschen Westmark angesehen werden darf.

Dr. Chr. Pfeil

andere Verbände aufwiesen. Aber alle Anstrengungen und opfervolle Tätigkeit einzelner Personen hätten diese Erfolge, die nicht nur im Wachstum der Mitgliederzahlen, sondern auch in Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses bestanden, nicht bringen können, wenn nicht ein Teil der Arbeiter, erfüllt von dem Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation, unbeirrt durch Rückschläge und Drangsalierungen, mitgearbeitet und der Organisation die Treue gehalten hätte.

Bis zum Jahre 1901 bestand nur für die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte eine Arbeiterordnung. Sie stand aber auch nur auf dem Papier. Das Fehlen einer wirklichen, alle Arbeiter umfassenden Arbeiterordnung ermöglichte eine nicht zu beschreibende Willkür der Beamten und sonstigen Vorgesetzten bis herab zum niedrigsten Borarbeiter. Die Existenz des Arbeiters hing ausschließlich von diesen ab. Arbeitszeit und Löhne waren für jeden Betrieb verschieden, eine Altersversorgung fehlte vollständig. Bei jeder Lohnforderung wurde den Arbeitern die „gesicherte Existenz“ als Ausgleich für die niedrigeren Löhne entgegengehalten. Im Jahre 1901 forderten nun die Arbeiter eine alle Arbeiter umfassende Arbeiterordnung, die die oben geschilderten Zustände beseitigen sollte. Drei Jahre brauchte der Rat dazu, um eine Arbeiterordnung zu erlassen. Sie trat am 1. Januar 1904 in Kraft. Ihr Inhalt war auch für die damaligen Verhältnisse rückschrittlich. Sie schuf die ständigen Arbeiter. Ständige Arbeiter aber konnte nur werden, wer zehn Jahre ununterbrochen bei der Stadt beschäftigt, von keinem Vorgesetzten gut bekommen und unbefristet war. Die Bestimmung darüber lautet:

„Die Aufnahme unter die ständigen Arbeiter erfolgt durch den Amtsvorstand oder seinen Beauftragten. Der Amtsvorstand hat dabei zu berücksichtigen das eidechliche Verhalten des Kandidaten, den Rat treu und gehorcht zu sein, die Güter des Landes und die Landesverwaltung, sowie die entgegenstehenden Bestimmungen der Stadt Treuen zu beobachten, diese Arbeiterordnung und die besonderen Dienstverordnungen zu befolgen, und den Folgeleuten gehorcht zu sein.“

Mit folgendem Wortausdruck wurde ihm dann die „gesicherte Existenz“ wie folgt garantiert:

„Durch die Aufnahme und die Eintragung in die Liste der ständigen Arbeiter gibt der Rat, unter völliger Wahrung seines Rechts, nach freiem Belieben das Arbeitsverhältnis zu kündigen, zu erkennen, daß er in Aussicht genommen hat, den betreffenden Arbeiter bei weiterer zureichender Führung und Leistung und bei weiterem Vorhandensein ständiger Arbeit, auf die Dauer zu beschäftigen.“

Ein klarer Anspruch auf Altersversorgung stand dem Arbeiter nicht zu, wohl aber verbot man ihm, „sich zu Erwerbs- oder Wirtschaftsgenossenschaften (Konsumvereine) zu vereinigen, oder an solchen zu beteiligen.“

Die eingeführten Arbeiterausschüsse konnten Wünsche und Beschwerden anbringen, Forderungen aber durften sie nicht erheben.

So rückschrittlich die Arbeiterordnung auch war, war sie aber doch ein Fortschritt gegenüber den früheren Zuständen, weil sie doch eine gewisse Einheitlichkeit in der Behandlung der Arbeiter brachte und die maßlose Willkür einschränkte.

Den von der städtischen Verwaltung erhofften Erfolg aber brachte sie nicht. Die Stärke der Organisation wurde bedrohlich und andere Mittel wurden erfinden, der Organisation Abbruch zu tun. Das gelang zu einem Teil durch die Verteilung der Beamteigentumschaft an Arbeiter, die an wichtigen Stellen im Betriebe standen. Zwar konnte der eingetretene Mitgliederverlust bald wieder wettgemacht werden, die Erststufen des Verbandes erlitt aber durch die Wegnahme gerade dieser Arbeiter eine Schwächung. Ganz offen, d. h. in der Stadtverordnetenversammlung sagte der damalige Oberbürgermeister:

„Mit dem Einrücken in pensionsberechtigte Beamtenstellen fällt endlich das Rekrutierungsrecht gemäß § 152 der Reichsgewerkschaftsordnung, und die Befugnis des Beitritts zu Gewerkschaften und ähnlichen Berufsorganisationen weg.“

Die ausschlaggebenden Gründe für diese Maßnahme legte der Reichstagspräsident mit den Worten dar:

„Auf der Vollversammlung soll auch eine Anzahl Arbeiter die Beamteigentumschaft erheben, und zwar diejenigen, und ich glaube, dem werden wir alle zustimmen, die für den Betrieb des betreffenden Dienstbetriebes unbedingt erforderlich sind.“ Ein Kleinräuber sprach die Erwartung aus, daß die Rat der, die nunmehr in die Beamtenstellen einrücken, ihre Verbindung mit den Gewerkschaften abbrechen und sie auch nicht durch ihre Angehörigen aufrechterhalten werden.

Daß sich auch Arbeiter fanden, die sich mißbrauchen ließen, ihren ausstehenden Klagenstellen Änderungen zu bereiten, durch Bespitzelung, durch Gründung geheimer Organisationen, die allerdings unbedeutend blieben usw., mag nur nebenher erwähnt werden.

Die Schwächung der Filiale durch Krieg und Inflation teilte sie mit allen anderen Gliedern der Arbeiterbewegung. Die Entwicklung nach dem Kriege zu schildern erscheint nicht notwendig, weil ja dies alles noch in frischer Erinnerung ist. Heute zählt die Filiale nahezu 8000 Mitglieder, sie konnte infolge ihrer Geschlossenheit die wesentlichsten Errungenschaften der Nachkriegszeit erhalten. Und so sollen diese Erinnerungen nicht nur den Abstand zwischen den damaligen und jetzigen Verhältnissen aufzeigen, sondern auch darauf, was unbeugbarer Wille vermag. Ziehen wir die richtige Lehre daraus.

### Unser Mitgliederstand am 1. November 1926

Der Monat November hat eine kleine Steigerung unserer Mitgliederzahl gebracht, und zwar eine solche von 623 Mitgliedern. Die in der Aufstellung erscheinende Zunahme von 1269 Mitgliedern ist dadurch entstanden, daß eine größere Filiale des Gaues Karlsruhe diesmal mit ihrer tatsächlichen Mitgliederzahl erscheint, während sie im Vormonat infolge unvollständiger Berichterstattung eine unzutreffende Senkung der Mitgliederzahl für den Gau Karlsruhe verurteilt hatte. Unter Berücksichtigung dieser Richtstellung beträgt die Zunahme nur 623. Immerhin ein Zeichen unseres unaufhaltenden stetigen Fortschritts — Am 1. November zählte der Verband 207 291 Mitglieder, wovon 176 061 männlich und 31 230 weiblich sind.

Die Berichterstattung erfolgte von 628 Filialen, 235 Filialen haben nicht berichtet. Die Gesamtzahl der Filialen beziffert sich am 1. November auf 863 Filialen. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder hat sich um 255, von 2878 im Vormonat auf 3133 in diesem Monat erhöht. Die Steigerung der Arbeitslosenziffern spricht nicht für eine allgemeine Milderung der Arbeitslosigkeit. Auch ist die Zahl der Kurzarbeiter gestiegen von 211 im Vormonat auf 387 bei der diesmaligen Zahlung. Die Zunahme der Kurzarbeiter beträgt 176.

Stimmkreisgebiete bzw. Gaubereinigungen	Zahl der Mitglieder am 1. Okt. 1926	Mitgliederstand am 1. November 1926			Zunahme bzw. Abnahme
		männlich	weiblich	insgesamt	
1. Nordwest	22 542	18 564	4 072	22 636	+ 94
a) Hamburg . . .	5 743	5 423	308	5 731	- 12
b) Bremen . . .	6 113	5 158	991	6 149	+ 36
c) (Sachsen-Weimar) (Sachsen-Mecklenburg)	34 398	29 145	5 371	34 516	+ 118
2. Westfalen . . .	11 727	10 534	1 255	11 789	+ 62
3. Rheinland . . .	9 679	9 118	384	9 502	- 177
4. Rhein-Rain	16 583	13 849	2 772	16 621	+ 38
5. Rheinpfalz-Saarland	3 234	3 011	284	3 295	+ 61
6. Baden					
a) Karlsruhe . . .	6 836	6 850	658	7 508	+ 672
b) Eugen . . .	1 021	791	190	984	- 37
7. Württemberg	7 857	7 644	848	8 492	+ 635
8. Württemberg	5 297	4 896	437	5 333	+ 36
a) Württemberg . . .	8 514	7 162	1 379	8 541	+ 27
b) Württemberg . . .	6 184	5 715	482	6 197	+ 13
9. Thüringen . . .	14 095	12 877	1 861	14 738	+ 407
10. Sachsen	5 225	4 500	762	5 262	+ 37
a) Dresden . . .	11 013	8 922	2 345	11 267	+ 254
b) Leipzig . . .	6 587	4 775	1 880	6 656	+ 69
c) Zwickau . . .	6 600	5 605	1 021	6 626	+ 26
11. Mitteldeutschland	24 200	19 306	5 246	24 552	+ 352
a) Magdeburg . . .	7 420	6 068	1 392	7 460	+ 40
b) Halle . . .	3 314	3 032	321	3 353	+ 39
12. Hannover . . .	10 761	9 100	1 713	10 813	+ 49
13. Schlesien . . .	6 475	5 703	705	6 501	+ 26
14. Brandenburg . . .	10 043	8 291	1 754	10 045	+ 2
15. Ostpreußen . . .	6 130	5 598	605	6 203	+ 73
16. Pommern	26 320	20 732	5 588	26 320	-
a) Stettin . . .	3 690	3 152	521	3 673	- 17
b) Stettin . . .	1 111	1 211	500	1 483	+ 372
17. Südpolen Einzelmitglieder	5 131	4 577	750	5 126	- 5
	8 172	7 225	877	8 100	- 72
	80	75	38	83	+ 3
	200 022	176 061	31 230	207 291	+ 1 269



## Bildungsarbeit

### Unsere Ferienreise nach Prag—Wien—Salzburg

Warum sollen bloß die reichen Leute die Schönheiten fremder Länder und die Herrlichkeiten ferner Gegenden genießen können? Auch der Arbeiter sollte durch Reisen seinen geistigen Horizont erweitern und im Genuß der Sehenswürdigkeiten in der Fremde sich Eindrücke und Erlebnisse sammeln, die für den Rest des Jahres den grauen Arbeitstag als eine sonnige Erinnerung durchstrahlen. Nun, er wolle schon, aber seine materielle Notlage gestattet es nicht, wenn auch die durch die Verbandsarbeit errungenen Ferien Zeit dazu liefern. Aber hat der Verband die Zeit dazu geschaffen, kann er auch Möglichkeiten zu ihrer Ausnutzung bieten. Und das tut er nun durch die Organisation einer Gesellschaftsreise, die eine Woche dauert, in Dresden am 21. August beginnend nach den herrlichen Städten Prag, Wien und Salzburg führt und am 28. August in Nürnberg endet. Allein können sich die wenigsten eine solche Reise leisten. Aber wenn viele sich zusammentun, wird sie erschwinglich, erst recht, wenn dazu eine Sparmöglichkeit gegeben wird. Legt man wöchentlich 2 Mark zurück, dann bringt man die 100 Mark schon zusammen. Denn die Reise kostet, vom Verband veranstaltet, nicht mehr als diesem im Verhältnis zum Gebotenen so erstaunlich geringen Preis. Er umfaßt Fahrt, Unterkunft in Hotels, Verpflegung, so daß man keine weiteren Ausgaben mehr hat. Man meldet sich bei seiner Filiale als Teilnehmer an, zahlt 5 Mark an, die verfallen, wenn man zurücktritt, und spart regelmäßig mit Hilfe unserer Ferienpartasse. In Krankheits- und sonstigen ersten Fällen erhält man sein Geld natürlich wieder zurück, wenn man von der Reise zurücktreten muß. Näheres durch die Ortsverwaltungen.

### Beamte

**Richtlinien über die Warenverforgungsstellen der Beamten.** Das Preussische Beschäftigungsblatt Ausgabe A Nr. 11 vom 8. November 1926 enthält folgenden Runderlaß des Finanzministers, zugleich im Namen des Ministerpräsidenten und sämtlicher Staatsminister, vom 3. November 1926 betr. Richtlinien über die Warenverforgungsstellen der Beamten und den Warenhandel bei behördlichen Dienststellen. (I. C. 2 15 050 h.):

1. Jeglicher Warenhandel (Lagerung, Verkauf, Verteilung von Waren, Einkaufsvermittlung, Verkaufsvermittlung, Auslegung von Zammellisten usw.) durch Beamte oder Beamtenangehörigen von Beamten in Dienst ist untersagt. Besondere Einschränkungen dieser Art sind aufzuheben. — 2. Fremden Personen ist jede Art von Handelstätigkeit, insbesondere der Verkauf von Waren, das Sammeln von Warenbestellungen und die Vermittlung von Versicherungen bei behördlichen Dienststellen verboten. — 3. Ausnahmen dürfen, soweit dies mit den dienstlichen Interessen vereinbar ist und staatliche Interessen nicht verletzt werden, gestattet werden, wenn es sich um den Verkauf von Lebens- oder Genussmitteln zum selbständigen Verbrauch handelt in Verbindung mit einem durch einen selbständigen Unternehmer betriebenen Mittagstisch (z. B. bei Betrieb einer Kantine in für dienstliche Zwecke nicht benutzten Räumen von Dienstgebäuden gegen angemessene Miete, Erhaltung der sonstigen Betriebskosten usw.). — 4. Weitere Ausnahmen können, wenn sie durch ein dienstliches Interesse geboten sind, von dem zuständigen Fachminister in Gemeinschaft mit dem Finanzminister zugelassen werden. — 5. Ten Beamten ist während des Dienstes jede Betätigung bei einer Bergungsgemeinschaft auch außerhalb der Diensträume verboten.

### Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

**Dienstalterszulagen für Arbeiter bei der Reichsfinanzverwaltung.** Das Reichsfinanzministerium hat unter dem 14. Oktober 1926 unter Aktenzeichen I B 17 987, P 11 III 1522, IV 1 23 210 Ausführungsbestimmungen über Dienstalterszulagen für Arbeiter bei der Reichsfinanzverwaltung (§ 3 Z. 1 R.) erlassen, die wir nachstehend im Wortlaut veröffentlichen:

„Hinter 3a meines Runderlasses vom 17. Juni 1926 — III P 16 221 usw. —, betreffend Abrechnung der über den allgemeinen Demobilisationszeitpunkt hinausgehenden Zeit der Gefangenenschaft, kann gegebenenfalls sinngemäß auch auf die über den allgemeinen Demobilisationszeitpunkt hinausgehende Zeit des Lazarettaufenthaltes angewandt werden, wenn die militärische Entlassung des betreffenden Arbeiters hierdurch verzögert werden ist.“

**Lohnempfänger können in Beamtenstellen aufrücken.** Das preussische Justizministerium hatte bereits unter dem 16. März 1926 eine Verfügung herausgegeben wonach bei Gerichten und Staatsanwaltschaften bei Beförderung planmäßiger Beamtenstellen auch die vorhandenen Lohnempfänger berücksichtigt werden sollen, soweit sie sich in entsprechenden oder ähnlichen Stellen bewährt haben. Eine

gleichartige Verfügung ist unter dem 29. September für die technischen Betriebe in den Strafankalen erschienen, deren Wortlaut wir hiermit zum Abdruck bringen:

Der Preussische Justizminister. Berlin W 8, den 29. September 1926. VIII 2788. Wibelstr. 65.

Um auch den im technischen Betriebe bei den Gefangenenaufhalten beschäftigten und bewährten Lohnempfängern die Möglichkeit zur Weiterführung in das Beamtenverhältnis zu geben, ist in Zukunft bei den Gefangenenaufhalten, soweit es ohne Schädigung dienstlicher Zwecke möglich ist, ebenso wie bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften (vgl. Anm. I zu § 3 des Sonderabdruckes der Personal- und Dienstordnung für das technische Personal bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften vom 16. März 1926 und Ziff. 1 der RM. vom 30. Juli 1926 — I 13 664 —), der Anteil der nichtverlebensberechtigten Personen an den als Einzugsstellen zu belegenden Stellen des technischen Dienstes (Erite Werkmeister, Erite Maschinenmeister, Maschinenmeister aus den vorhandenen Lohnempfängern, die sich in entprechenden oder ähnlichen Stellen bewährt haben, zu entnehmen.

**Richtlinien für Ehrengaben an sächsische Staatsarbeiter.** In Nr. 45 der „Gewerkschaft“ haben wir mitgeteilt, daß nun auch die sächsischen Staatsarbeiter (Verwaltungsarbeiter) einmalige Ehrengaben erhalten werden. Sie sollen erstmalig zu Weihnachten ausbezahlt werden. Für die Gewährung dieser einmaligen Ehrengaben hat das Ministerium des Innern im Einverständnis mit den übrigen Ministerien Richtlinien aufgestellt, die wir nachstehend bekanntgeben:

Nr. P. A. K. 818 h. Dresden, am 29. Oktober 1926.

Das Ministerium des Innern und das Finanzministerium erklären sich mit der Gewährung von Dienstaltersprämien an Arbeiter bei der sächsischen Staatsverwaltung nach folgenden Richtlinien einverstanden:

1. Vollbeschäftigten Arbeitern die ununterbrochen 2 Jahre oder länger als Lohnempfänger im Arbeitsverhältnis bei der Staatsverwaltung mit Ausnahme der mit Privatarbeitgebern in Tarifgemeinschaft stehenden und solchen Betrieben, für die ein Kanonist bezieht, geleistet und bisher noch keine Prämie aus Anlaß der Vollendung von 25 Dienstjahren erhalten haben, kann eine einmalige Dienstaltersprämie von 100 Mk. gewährt werden. Arbeitern, die bereits früher Dienstaltersprämie von weniger als 100 Mk. erhalten haben, kann der Erfüllungsbetrag bis zum Betrage von 100 Mk. gewährt werden.

2. Den vollbeschäftigten Arbeitern werden die Arbeiter gleichgestellt, die durchschnittlich mindestens 36 Stunden wöchentlich tätig waren. Den übrigen nicht vollbeschäftigten Arbeitern kann die Hälfte der Prämie gewährt werden.

3. Lohnempfängern, die der Angestelltenberufspflicht unterliegen, können Dienstaltersprämien nicht gewährt werden.

4. Eine Unterbrechung der Dienstzeit ist nicht anzunehmen a) bei Wechsel der Dienststelle innerhalb der Reichs- oder Staatsverwaltung, mit einer Zwischenzeit bis zu vier Wochen, wobei die Zwischenzeit nicht angerechnet wird; b) bei Urlaub auf Grund des Tarifvertrages; c) bei Erkrankung für die Dauer des schuldungsmäßigen Anspruchs auf Krankengeld oder eines erweiterten Leistungsverfahrens; d) wenn ein Arbeiter von der Dienstleistung ohne Lohnzahlung entbunden wird; e) wenn ein Arbeiter wegen Mangels an Arbeit entlassen worden oder wegen Krankheit oder Unfall dienstunfähig geworden und nach befristeter Zeit bei einer Dienststelle der Staatsverwaltung wieder eingestellt worden ist; f) bei Ableitung von Militär- und Kriegsdienst. — In den unter a bis e genannten Fällen gilt die Dienstzeit mit der Wahrung als ununterbrochen, daß im Falle b die Urlaubszeit, in den Fällen c, d und e nur die vor dem Entlassungstage liegenden Zeiten der Dienstunfähigkeit bei Berechnung der GesamtDienstzeit berücksichtigt werden. Die übrigen Zwischenzeiten in den Fällen c, d und e und die Militärdienstzeit im Falle f werden bei der Berechnung nicht mitgezählt. Arbeitern, die bei Beginn ihres Kriegsdienstes oder, sofern er diesem unmittelbar vorausgegangen ist, des Friedensmilitärdienstes im Reichs- oder Staatsdienst tätig waren, und binnen vier Wochen nach ihrer Entlassung aus dem Kriegsdienst sich wieder um Beschäftigung im Reichs- oder Staatsdienste beworben und auf Grund dieser Bewerbungen dort Beschäftigung gefunden haben, wird bei der Berechnung der Dienstzeit die zwischen Mobilmachung und Demobilmachung liegende Zeit des Kriegsdienstes voll angerechnet.

5. Die im Reichs-, Staats-, Gemeinde-, Hof- oder anderen öffentlichen Dienste verbrachte Dienstzeit findet Anrechnung, wenn sie im unmittelbaren Zusammenhange mit der Dienstzeit bei der sächsischen Staatsverwaltung steht. Dienstzeit vor dem erfüllten 17. Lebensjahre bleibt in jedem Falle außer Betracht.

6. Prämien können auch bereits entlassenen Arbeitern bewilligt werden, sofern die Voraussetzungen dafür im Zeitpunkt der Entlassung vorliegen, und die Entlassung nicht vor dem 1. August 1926 erfolgt ist.

7. Ob die Voraussetzungen für die Gewährung der Prämien vorliegen, wird unter Ausschluß des Rechtsweges durch das zuständige Ministerium, in Zweifelsfällen im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern und dem Finanzministerium festgestellt.

8. Ob und in welchen Fällen eine Prämie aus Anlaß der Vollendung von 10 oder 20 Dienstjahren zu gewähren ist, wird im Einzelfalle mit Zustimmung des Finanzministeriums bestimmt.

9. Anträge auf Gewährung von Dienstaltersprämien sind von den Dienststellen vierteljährlich mittels Nachweisung nach dem beistehenden Muster dem zuständigen Ministerium vorzulegen, je getrennt nach Lohnempfängern mit 25 und mehr Dienstjahren und mit 10 und mehr Dienst-

Jahren, und zwar erstmals für die Zeit bis Ende Dezember 1926 bis zum 15. November 1926, in weiterer Folge zum 1. Dezember, 1. März, 1. Juni und 1. September jeden Jahres jeweils für das darauffolgende Kalender-

10. Die Prämien sind bei den Lohnstellen der einzelnen Haushalts-

11. Die Prämien sind zufolge Anordnung des Reichswehrministeriums

Wir möchten noch hervorheben, daß es unserer Organisation die

Verhandlungen im Reichswehrministerium. Verschiedene Diffe-

Trier. In einer gut besuchten Versammlung der Arbeiter des

Die heutige Versammlung der Arbeiter des R.R. Trier erwartete

Aus unserer Bewegung

Bonn. Die gewerkschaftliche Bewegung hat einen beson-

Godesberg-Nachem. In der letzten Versammlung der Kollegen

den vierteljährlichen Geschäfts- und Kassenbericht. — Ueber das

Kostof. Die Filiale feierte am 6. November ihr zwanzig-

Die Reichsregierung, daß recht bald eine allgemeine Rentenzusch-

und der Streik war nunmehr unvermeidlich. Nach zwei Tagen wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Regierung einige Zugeständnisse gemacht hatte. Maßregelungen fanden nicht statt. Die Reichsleitung hat durch diesen einmütigen Kampf bewiesen, daß sie auch vor der Waffe des Streiks nicht zurückkriecht, wenn das Ministerium berechnete Forderungen ablehnt. Wir gehen keiner rosigen Zeit entgegen. Die Zukunftsaussichten sind noch recht trübe. In guten Tagen ist die Organisation notwendig, aber noch viel notwendiger ist sie, wenn unsere Existenz bedroht ist. Daher muß auch die letzte Kollegin und der letzte Kollege unserer Organisation ausgeführt werden. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns. Um unser Motto: „Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein“ zu verwirklichen, gebrauchen wir die Mittel aller Gemeinde- und Staatsarbeiter.

**Ludwigshafen a. Rh.** In der gut besuchten Novemberversammlung sprach Gauleiter Hund über „Die wichtigsten Faktoren der Wirtschaft“. Alsdann wurde die Einführung einer Ferienkasse beschlossen und die Sommerferienkurse fortzusetzen. Kollege Will berichtete, daß unsere Kollegen prozentuell gut politisch organisiert sind. Von der Versammlung wurde verlangt, daß zur Lockerung Stellung genommen werden müsse. Betriebsratsvorsitzender Ringer beantragte namens vieler Kollegen die Einreichung einer Vahrsforderung, welche von der Versammlung einstimmig beschloffen wurde. Der Mitgliederbestand am 1. Oktober 1926 ist 746, Kassenbestand 2591,57 M. Für Bildungsmittel wurden 292 M. verausgabt. Kollege Will ersuchte dringend, alle Überstunden zu vermeiden, damit die Arbeitslosigkeit gemindert werde. Ferner verwies er auf die Neuordnung der Arbeitsordnung, die demnächst zur Ausgabe gelangt. Zeichen dafür, daß der Gemeindeförderverband auf dem besten ist, sind die Verbesserung der Arbeitsordnung und die Gewahrung eines Fortschritts für Winterbedarf.

**Königsberg i. Pr.** Unser Verband hat mit dem Arbeitgeberverband Ostpreussischer Gemeinden und Kommunalverbände eine tarifliche Vereinbarung getroffen wonach die von den Stadtverwaltungen Ostpreussens eingestellten Arbeitnehmer nach einer achtmonatigen Tätigkeit als dauernd beschäftigte Arbeiter zu behandeln sind, soweit diese mit den üblichen Betriebsarbeiten beschäftigt werden. Eine solche Vereinbarung war notwendig geworden, weil sich insbesondere bei der Stadtverwaltung Königsberg das Bestreben bemerkbar machte, nach Möglichkeit überhaupt keine Arbeiter als dauernd Beschäftigte einzustellen und durch dieses Verfahren zu erreichen, daß die für die dauernd beschäftigten Gemeindeförder geltenden Bestimmungen über Ruheurlaub, Krankenzuschuß, Erholungsurlaub usw. auf einen möglichst kleinen Kreis beschränkt bleibe. Von etwa insgesamt 3600 Gemeindeförder sind über 1000 als nur vorübergehend Beschäftigte eingestellt worden. Inner diesen 1000 vorübergehend Beschäftigten befindet sich ein außerordentlich großer Teil mit mehr als ein-, zwei- und dreijähriger Beschäftigungszeit. Sollte man nun annehmen, daß nach Ablauf der oben angeführten Regelung nunmehr zum mindesten alle die über acht Monate Beschäftigten in ein dauerndes Arbeitsverhältnis überführt werden würden, so ist dieses eine Illusion. Die Stadtverwaltung läßt zunächst einmal den in Frage kommenden Personkreis ärztlich untersuchen, um dann auf Grund des Untersuchungsergebnisses von vornherein Entscheidungen für ein Dauerarbeitsverhältnis auszuschließen, die nicht mehr im Vollbesitz ihrer Gesundheit sind. Daneben lehnt es aber die Stadtverwaltung strikt ab, die bereits über 40 Jahre alten Arbeiter als ständig Beschäftigte anzuerkennen. Würde dieses Verhalten der Stadtverwaltung bei den privaten Arbeitgebern Schule machen, so könnten wir in nicht allzu ferner Zeit erleben, daß die nach Tausenden zählenden Arbeitslosen sich lediglich aus den über 40 Jahre alten Arbeitnehmern zusammensetzen. Erst vor kurzem ist für die älteren Angestellten ein Schutzeleg geschaffen worden, damit hier dem Bestreben der Arbeitgeber, nach Möglichkeit sich von der Beschäftigung älterer Angestellten freizumachen, entgegenzuwirken werden kann. Ein gleichartiges Schutzeleg soll nach dem Vorschlag des ADGB, auch für die älteren Arbeiter geschaffen werden. Um so bestreblicher muß es wirken, daß eine Kommunalverwaltung sich dazu hergibt, in einer so außerordentlich rückwärtsichtigen Weise gegenüber den älteren Arbeitern Bestimmungen zu schaffen die in der gesamten Arbeitnehmerheit den schärfsten Protest herausfordern müssen. Die Hindernisse der Stadtverwaltung ist ein altester Tarifbruch. Es wird Aufgabe des Verbandes sein, die Innehaltung tariflicher Vereinbarungen auch von der Stadtverwaltung Königsberg zu erwirken.

**Nordhausen.** „Meine Studienreise in Amerika“ war das Thema, worüber Kollege Müntner in einer auf höchsten Interesse sich erhehrenden, an der die Kollegen der Filiale teilgenommen haben. Nordhausen ist historischer Boden der Arbeiterbewegung. 1848 war es Ed. Baßler, ein Nordhäuser Kind, der auf Veranlassung Robert Blums in das Frankfurter Parlament einzog. Große Wirtschaftskämpfe haben in Nordhausen stattgefunden. Ausgebildeter der Tabakarbeiterstreik 1901, an dem über 1000 Personen teilgenommen haben. Große langwierige Prozesse waren das Nachspiel, viele Jahre Gefängnisstrafen wurden verhängt. Unter anderem stand die Filiale 1910, die damals nur aus Gewerkschaftern bestand, unter Leitung des Gauleiters Müntner in einem Streik. Das Kampfspiel war sehr umstritten, so daß es auch hier nicht ohne Polizei abging. Nord-

hausen, die ehemalige freie Reichsstadt, begeht im nächsten Jahre die 1000-Jahr-Feier. Nach dieser eintägigen Ansprache des Filialvorsitzenden Baumbach hielt Kollege Müntner unter großem Beifall der Versammlung seinen interessanten Vortrag. (In der „Gewerkschaft“ hat Müntner seinerzeit in mehreren Artikeln über seine Amerikareise berichtet, so daß eine Wiederergabe seines Referats sich erübrigt.) Hörtet wir, daß der Vortrag mit dazu beiträgt, Nordhausen wieder auf die altgewohnte gewerkschaftliche Höhe zu bringen. Nordhausen hat stark unter der Stilllegung der Kalindustrie zu leiden. Aber auch die gegenwärtige Wirtschaftslage wird überwunden werden, wenn die Arbeiterkraft in Gewerkschaft und Partei einig zusammensteht und dann der heute herrschenden Klasse ihren Willen vorsetzt.

**Siegburg.** Nach Entgegennahme des vierteljährlichen Kassen- und Geschäftsberichts durch Kassieren Sportmann wurden in der letzten Versammlung eine Reihe Verbandsangelegenheiten erledigt. — Die in Nr. 43 der „Gewerkschaft“ dargestellte neueste Praxis des Reichsarbeitgeberverbandes bezüglich der Jubilare fand einstimmige Ablehnung. Ebenso das geradezu häßliche Verbot des Mehrurlaubes an die „Schwerbeschädigten“. Nur so weiter im Vorstand des ADGB und die Arbeiterkraft wird um so fester zusammenhalten. — Wiederholt waren wir gezwungen, uns mit dem Herrn Bierpfeleger Scheidt zu beschäftigen. Sein eigener Dünkel genügt noch nicht, denn er schickt seine Tochter mit dem Fahrrad zur Kontrolle hinter den Fahrwerken her. Die letzte Beschwerde an die Verwaltung vom September verursachte wohl bezüglich einer Antwort allerlei Kopfzerbrechen?

**Württemberg.** Bei den diesjährigen Betriebsräte- wahlen ist ein für uns erfreuliches Ergebnis festzustellen. Nach unserer Zusammenstellung sind 52 Orte erfaßt. In diesen sind 66 Betriebsräte und 26 Betriebsobmänner gewählt. Zusammen waren in den Gemeinde- und Staatsbetrieben 317 Beschäftigte als Betriebsrat vertreten. Von diesen gehören 300 unserem Verband, 4 anderen freien Gewerkschaften und 9 dem christlichen Verband an; 4 Mann gehören gar keiner Organisation an. In 5 Städten ist ein Gesamtbetriebsrat gebildet, ein Zeichen dafür, daß sich durch Zusammenarbeit manche Schwierigkeit leichter überwinden läßt. Ferner sind in 4 Städten gemeinsame Betriebsräte gewählt worden, um so eine bessere Wahrnehmung der Interessen der Betriebsbeschäftigten zu ermöglichen. Wir möchten darauf verweisen, daß es außerst empfehlenswert ist, in denjenigen Orten, wo beispielsweise in zwei oder mehr Betrieben nur je ein Betriebsobmann gewählt wurde, künftig einen gemeinsamen Betriebsrat nach § 51 BGG zu wählen. So kann z. B. ein Betriebsobmann im Falle einer Kündigung noch nicht einmal einen zugehörigen Einspruch erheben, während ein Betriebsrat nach §§ 82 bis 84 BGG dieses Recht zuzieht und hierdurch schon ungewählte Mann vermieden wurden. Das Gesamtwahl der Betriebsrätemahlen kann für unseren Zweck als günstig beurteilt werden, jedoch müssen unsere Bestrebungen unermüdet dahin gehen, daß auch nicht ein einziges Mitglied der Betriebsvertragsungen dem christlichen Verband angehört oder gar zu den Indifferenten zählt.

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

**Schutz den älteren Arbeitern.** Der ADGB hat zum Schutze der älteren Arbeiter dem Reichsarbeitsministerium Vorschläge zugeteilt, mit dem Ersuchen, baldigst zu ihnen Stellung nehmen zu wollen. Ebenso wird sich der Reichstag in Kürze damit zu befassen haben. Im einzelnen handelt es sich um folgende Forderungen:

I. Auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung. a) Zu fordern ist ein für alle privaten und öffentlichen Unternehmungen geltendes Zwang zur Meldung sämtlicher offenen Stellen beim öffentlichen Arbeitsnachweis. — b) Der Arbeitgeber muß verpflichtet werden, alle Arbeitskräfte nur durch die Vermittlung des öffentlichen Arbeitsnachweises einzustellen, soweit ihm Arbeitskräfte von dort nachgewiesen werden.

II. Zwang zur Einstellung älterer Arbeiter. Alle Unternehmungen öffentlichen und privaten Rechts müssen auf je fünf beschäftigte Arbeiter ausschließlich der Kategorie mindestens einen Arbeiter oder eine Arbeiterin im Alter von mehr als 50 Jahren beschäftigen. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn der Arbeitsnachweis solche älteren Arbeitskräfte nicht zuweisen kann. Für Verweigerung, in denen das Lebensalter im allgemeinen geringer ist, kann durch Verordnung des Reichsarbeitsministers eine niedrigere Altersgrenze festgelegt werden.

III. Ausdehnung des Einspruchsrechtes gegen Kündigungen. Das Einspruchsrecht gegen Kündigungen, wie es der § 84 des BGG vorseht, ist den Arbeitnehmern aller Betriebe, auch denjenigen, in denen ein Betriebsrat nicht wählbar ist, zu geben mit der Maßgabe, daß der Einspruch in den letzteren Betrieben an das Arbeitsgericht direkt gerichtet werden kann. Arbeitgeber, die diesen Vorschriften zuwiderhandeln, werden mit Geldstrafen, im Wiederholungsfalle mit Freiheitsstrafen bestraft.

**Zum Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften.** Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der im christlichen Gewerkschaftslager die Stelle einnimmt, die der ADGB innerhalb der freien Gewerkschaften inne hat, gibt in Nr. 21 des „Zentralblattes“ einen kurz gedrängten Jahresbericht. Darin



wird der Reichsregierung beschleunigt, „daß sie den ernststen Willen zeigte, für Preisrentungen die Bahn freizulegen“. Und nun fährt das „Zentralblatt“ fort:

„Leider hatte dieses Bemühen nicht den gewünschten Erfolg, da... auch die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei die Preisabbau-Aktionen sabotierten. Anstatt, weil sie sich keinen Erfolg davon versprachen. In Wirklichkeit handelte es sich um den Wunsch, einen Erfolg der sozialdemokratischen Regierung nach dieser Seite aus agitatorischen Gründen zu erreichen.“

Den Beweis für diese Unterstellungen bleibt das „Zentralblatt“ schuldig, so daß wir gegen die Verleumdung nicht zu protestieren brauchen. Einen Einblick in die Kämpfe der christlichen Gewerkschaften im eigenen Lager bietet folgende Jeremiade des „Zentralblatt“:

„Weitere besondere Schwierigkeiten entstanden den christlichen Gewerkschaften durch die immerwährenden Versuche, die parteipolitischen Lebensbedingungen in das gewerkschaftliche Lager hineinzutragen. Der politische Kampf für und gegen Styrwald, die beiden Reichspräsidentenwahlen, das Volksbegehren und der Volksentscheid, der Streit um die Reichsfarben und die Erbschaften, die wurden stehend ihre Werten in den Arbeitsbereich der christlichen Gewerkschaften. Es hat nicht geringere Anstrengung bedurft, daß die gewerkschaftliche Aktivität nicht unter den Parteikämpfen zu Schaden kam.“

Das „Zentralblatt“ fährt dann fort:

„Während die christlichen Gewerkschaften ihre grundsätzliche parteipolitische Neutralität gegen die Einwirkungen von außen schwer verteidigen konnten, hatten die freien Gewerkschaften mit ihrer einseitigen Parteipolitik, die von niemandem bestritten wurde, eine wesentlich leichtere Position. Das gilt nicht zuletzt auch von der Stellungnahme zu den im Reichsgebiet erlassenen Zollfragen. Grundständige Gewerkschaft hat hier leichtes Spiel, während der Wille, für die breite Masse des Volkes praktisch das bestmögliche zu gewinnen, immer wieder auf die Bekämpfung der unantastbaren Gewerkschaft stößt.“

Die freien Gewerkschaften können mit Dank die Bescheinigung der christlichen Gewerkschaften entgegennehmen, daß sie grundsätzliche Gegner jeder Protowerkpolitik sind. Wie die Christlichen Agitation treiben, das sagt uns das „Zentralblatt“ in bezug auf den Gutenbergs-Bund. Es wird da festgestellt, daß bereits 97 Proz. der Buchdrucker-Gehilfen organisiert sind. Dann heißt es weiter:

„Es muß auch fast jedes neue Mitglied einzeln gewonnen und meist aus der organisierten Organisation herausgeholt werden.“

Der Gutenbergs-Bund bemüht sich also weniger um die Erfassung der unorganisierten Buchdrucker, als vielmehr dem Deutschen Buchdrucker-Verband die Mitglieder abzugeben, d. h. also, nicht Organisationsarbeit treiben, sondern Organisationszerstückelung. Das „Zentralblatt“ sollte deshalb seinen eigenen Satz auf der letzten Seite dem Gutenbergs-Bund ins Stammbuch schreiben:

„Alle erstrebten Verbesserungen der sozialen Lage der Arbeiterschaft werden nur dann volle Wirkung haben, wenn ein starker gewerkschaftlicher Wille in der Arbeiterschaft lebendig ist.“

Auffällig ist, daß in der Besprechung der Einzelberichte unter christlicher Gegenverband, der „Zentralverband öffentlicher Betriebe und Verwaltungen“, nicht erwähnt wird. In der beigegebenen Tabelle jedoch wird er mit 25 476 Mitgliedern am Jahreschluss 1925 aufgeführt. Der Gesamtverband hatte 587 678 Mitglieder. Seht man diese Ziffern in Vergleich, einmal mit den 200 692 Mitgliedern, die unter Verband am 31. Dezember 1925 hatte und andererseits mit den 4 182 511 Mitgliedern, die der ADGB am gleichen Tage zählte, so ergibt sich, daß die Christlichen nur ein 1/16 bis ein 1/10 der freien Gewerkschaften ausmachen und man dementsprechend auch ihre Bedeutung ermessen kann.

Internationale Rundschau

Die Lage der ungarischen Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind heute überall als wirtschaftliche Faktoren und kult. relle Institutionen anerkannt, nur eben in Ungarn nicht, wo einzelne Ministerien planmäßige Maßnahmen der Arbeiterorganisationen als eine ihrer Hauptaufgaben betrachten. Selbst ausgesprochen staatliche Aufgaben erfüllende Gewerkschaften werden gepeinigt und verfolgt, wenn sie nicht die Forderungen der Regierung einhalten. Die Gewerkschaften stehen in ständigem Kampf um die zu erleichternden und zu verbessernden Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Sie kämpfen im Interesse der Arbeiterschaft für die staatlicherseits vollkommene demokratische Regelung ihres geistigen Lebens. Die Gewerkschaften sind die einzige Einrichtung in diesem Lande, also in Ungarn, die sich sozialistisch betätigt und, die schweren staatlichen Unzulänglichkeiten weitgehend, die Arbeitslosen, die Invaliden und die Witwen unterstützt. Nach den Ermittlungen des Gewerkschaftsrates haben die Gewerkschaften im ersten Vierteljahr 1926 Unterstützungsgelder in Höhe von 3 Milliarden Wonen (zirka 300 000 Mark) ausbezahlt, obwohl es Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre, durch Sozialpolitik das Los der Arbeitenden zu erleichtern, wie das in Europa überall heute schon der Fall ist. Die Regierung aber kämpft gegen normale Löhne, gegen den Achtstundentag und ist unter keinen Umständen zur Ratifizierung jener Abkommen zu bewegen, die in Genf zustande kamen und die

heute selbst in den Balkanstaaten angenommen wurden. Unter Beifallstundungen der Mehrheit wird von den Völkischen, den Agrariern und den Christlich-Sozialen gegen die Gewerkschaften gehegt. Anlässlich der Budgetverhandlungen spielte sich unlangst eine wahre Heftkampagne in der Nationalversammlung ab. Die reaktionären Abgeordneten haben sich durch mittelalterlich reaktionäres Kampfgebaren besonders hervorgetan. Die reaktionären Deklamationen werden von der Regierung begrüßt, da sie ihr Gelegenheit zu erneuten Schikanen bieten. Jammervolle Zustände. Ungarn ist heute tatsächlich unter den europäischen Kulturstaaten die Hochburg der Reaktion, Italiens würdiger Bundesgenosse. Trotzdem ist der Mut der Gewerkschaften nicht gesunken. Die Mitgliederzahl betrug im Jahre 1923 176 401. Im Jahre 1924 sank sie auf 127 526, während im Jahre 1925 zur Vereinigung des Gewerkschaftsrats 125 024 Mitglieder gehörten. Wenn wir in Betracht ziehen, daß alle Staat- und Gemeindearbeiter nicht den freien Gewerkschaften angehören dürfen, so könnten wir ruhig feststellen, daß die obige Zahl immerhin eine ganz beträchtliche ist. Die Gemeinde- und Staatsarbeiter haben daher auch die traurigste Lage, denn die Lohn Differenz zwischen den den freien Gewerkschaften angehörenden Arbeitern und den Staatsarbeitern beträgt 15 Proz. Durch das sogenannte Sozialistengesetz ist diesen der Beitritt zu den Gewerkschaften verboten. Ungarn hat keine Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit, alles hängt von der Willkür der Regierung und der Behörden ab, während sich die Unternehmer zum Schutze ihrer Interessen mit größter Bewegungsfreiheit organisieren können. Bei den Budgetverhandlungen traten unsere Gesinnungsgenossen den überwältigenden Angriffen mit größter Energie entgegen. Sie haben im Interesse der sozialen und kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft eine Fülle von Anträgen eingebracht, die jedoch von der Nationalversammlung samt und sonders verworfen wurden. Trotz dieser Unterdrückungsmethoden sind auch in Ungarn die Gewerkschaften Hort und Stütze der Arbeiterschaft. Das Horthy-Regiment ist ebenjowenig von Dauer wie in Deutschland das berüchtigte Bismarcksche Sozialistengesetz es war. Die jetzige Tätigkeit der Gewerkschaften ist daher wichtige Vorarbeit für die Zeit, wo Ungarn, frei von jeder Reaktion, in der Welt einen geachteten Platz einnehmen wird und die Arbeiterbewegung ihre wichtigen Kulturarbeiten erfüllen kann.

Die Gewerkschaftsbewegung Europa

Von 600 Einwohnern waren gewerkschaftlich organisiert

Table with 2 columns: Country and Percentage of population organized in trade unions. Includes Austria (171), Germany (153), Great Britain (122), Czechoslovakia (111), Belgium (99), Denmark (92), Switzerland (77), Holland (73), Sweden (67), Italy (53), Luxembourg (47), France (36), Norway (34), Finland (15), Estonia (15), Spain (21), Hungary (24), Estonia (27), Poland (28), Ireland (32).

Rundschau

Ein Notgesetz der deutschen Arbeitsbeschaffung. Im Berliner Tageblatt vom 13. November 1926 veröffentlicht der den freien Gewerkschaften nahestehende Professor Dr. A. Hirsch eine Anzahl Vorschläge, um der Not der Arbeitslosen nicht durch erhöhte Unterstützung, sondern auch durch vermehrte Arbeitsbeschaffung in stärkerer Nähe beizukommen. Er fordert ein Notgesetz, in welchem den Banken, die noch immer Riesenprofite verdienen, die Kreditanspruchnahme bei der Reichsbank gespart wird, falls sie mehr als zwei bis drei Prozent Kreditzinsen erheben. Ebenso eine ganze Reihe anderer finanztechnischer Maßnahmen, um die Banken bereitwilliger zu machen zur Kreditübergabe für weitere Kreise, insbesondere auch für die Anteile öffentlicher Körperschaften. Die



Die kapitalistische Internationale.

Reichsbank könnte auch kreditversicherte Wechsel aus der Konjunkturfinanzierung aufnehmen, wie es jetzt bereits ausländische Banken in Deutschland tun. Damit würde einer Übersteuerung der Massen durch das jetzige System besser vorgebeugt. Die übrigen Forderungen des Professors Hirsch sind auch für die Gewerkschaften so ungewinn wie wertvoll, daß wir sie hier im Wortlaut folgen lassen:

Der Wohnungsbau hat immer einen großen Teil der deutschen Arbeitstätigkeit beschäftigt. Die Anregung, die Hauszinssteuer nicht als Material, sondern als Zins- und Tilgungsgarantie einer großen inneren Wohnungsbauankleihe zu verwenden, ist vom Herrn Reichsfinanzminister ausdrücklich ausgenommen worden. Wo aber ist die Anleihe bisher geblieben? Als der Herr Reichsfinanzminister hier schrieb, stand die Sonne noch hoch im Zenit, der Weltmarkt der Fülle strömte in Fülle, und die Hoffnung, daß von Amis wegen etwas geschehen werde, war überall groß; jetzt werden die Tage kürzer, der Winter ist eine schlechte Bauzeit in Deutschland. Werden wenigstens die Vorbereitungen nicht nur für eine Anleihe, sondern für sofortige Verwendung, sobald die Witterung es erlaubt, getroffen? Auch im Winter kann man in Hausfabriken Häuser aus Holz, Beton und Stahlbeton zur Aufstellung vorarbeiten. Die Arbeiterklasse hat ein durchgearbeitetes Wohnungsbauprogramm für Jahre entworfen. Wäre es nicht richtig, daß auch die Unternehmerverbände sich dieser Dinge positiv einmal annähmen? Manche sehen sich doch nach Arbeitsgemeinschaft! Wenn dergleichen jemals zustande kommen soll, so kann es nicht wieder die zuletzt manchmal leoninische Gemeinschaft der Jahre 1919-1923 sein, sondern nur eine wirkliche Leistungsgemeinschaft. — Preisabbau ist die beste Anregung des Abzuges und der Arbeit. In der deutschen Wirtschaft besteht vielfach die Meinung, daß manche Kartelle nicht gerade Preisabbau betreiben. Das gilt insbesondere für viele Klein- und Kleinindustrien, deren Geschäftigkeit auch teilweise einen wirtschaftlichen Leerlauf verursacht, der über den so oft und nachdrücklich hervorgehobenen der Behörden an manchen Stellen weit hinausgeht. Der Herr Reichswirtschaftsminister hat eine neue Formung der Kartellgesetzgebung nun schon seit vielen Monaten in Aussicht gestellt. Auch diesen Neben und Taten nicht gefolgt. Und hat der Herr Reichswirtschaftsminister der einzigen ernsthaften Leistung seines Amtes hinsichtlich der deutschen Arbeitsmöglichkeit, der Kaufkraft, die nötige Beachtung geschenkt? Hat er sich insbesondere mit den merkwürdigen besonderen Sicherungsforderungen befaßt, die gewisse Großbanken für den nicht durch Staat und Reich garantierten Kredit bei etwaiger Finanzierung fordern haben? — Wie steht es mit der Handelspolitik? Bei Frankreich haben die Regierungen der Vereinbarungen der Amerikaner den Vorrang gelassen und sind ihnen vorläufig nicht einmal nachgefolgt, bei anderen großen Abnehmern reich man nicht einmal recht, auf was gewartet wird. Eine Milliarde Export mehr bedeutet mehr Arbeitsmöglichkeit für 200 000 bis 400 000 Arbeitslose. Glaubt man das mit der jetzigen Schutzpolitik, insbesondere bei industriellen Produkten, erreichen zu können? Handelspolitik ist in erster Linie Arbeitspolitik, nicht „Abtötung der Interessen-Wachverhältnisse“ untereinander. Und es bleibt noch immer so: Drei Millionen Ostarr Lebensmittel können wir über machen und importieren statt dessen für etliche Milliarden Mark Auslandsnahrungsmittel. Die Schutzregulierungen sind produktiv, die Schutzzölle sind es nicht recht, die Wählerentscheidungen, der Ausbau und die Elektrifizierung unserer Eisenbahnnetze, alle diese Möglichkeiten hat der Reichstag beschlossen, und was ist ausgeführt worden? Was ist auch nur vorbereitet worden? Wir sehen kommende größere Not bei Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung allein ist es nicht getan. Der Reichstag kann die Regierung zum Handeln zwingen. Er hatte der Regierung Vollmachten gegeben, von denen sie bisher fast gar nicht Gebrauch gemacht hat. Wir verlangen

die Verwirklichung der „Arbeitsprogramm“-Zusage nun in einem Notgesetz der deutschen Arbeitsbeschaffung!

„Das Wochenende“ — eine große Ausstellung in Berlin. In einer gemeinsamen Besprechung von Vertretern der Stadt Berlin, des Messeamts, der Fremdenverkehrsorganisationen, Wandervereine, Verkehrsunternehmungen usw. wurde in diesen Tagen die Veranstaltung einer Wochenendausstellung in der Reichshauptstadt beschlossen. Die Vorschläge des Berliner Messeamts, die diese Veranstaltung für den April 1927 möglicherweise in allen drei Ausstellungshallen am Kaiserdamm vorziehen, werden von allen Seiten einmütig gutgeheißen und zur Durchführung empfohlen. Die Ausstellung wird auf breiter Basis alle Wochenenderholungsmöglichkeiten der Berliner und der in Berlin weilenden Fremden aufzeigen, sowie alle Einrichtungen des Verkehrs und der Wirtschaft darstellen, die in irgendeiner Beziehung geeignet sind, dem Wochenendgedanken zu dienen und ihm zur möglichst weitgehenden Durchführung zu verhelfen. Daneben sollen auch die Städte des Reichs und des Auslands ihre Wochenenderholungsmöglichkeiten zeigen, und eine Reihe von Sonderveranstaltungen, darunter Schulanfahrs Wettbewerbe, Kunstausstellungen, Heimatfestspiele, Trachtenfeste und ein Wettbewerb unter den Architekten zur Schaffung der billigsten und besten Wochenendwohnhäuser, ferner sportliche Veranstaltungen sollen das Bild der Ausstellung vervollständigen. Die Leitung der Wochenendausstellung wurde ihrem Anreger, Herrn Chefredakteur Karl Vetter, übertragen, der im Berliner Messeamt, Berlin C 2, Breite Str. 36, alle näheren Auskünfte erteilt.

◆ Verbandsteil ◆

Die Beamtenabteilung unseres Verbandes erhält, entsprechend den Beschlüssen einer Reichskonferenz vom 6. September 1926 in Düsseldorf, ab 1. Januar 1927 den Namen:

Reichsbund der Beamten und Angestellten in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen RBA.

Zum 1. Vorsitzenden ist der Kollege Stettner, zum 2. Vorsitzenden und Sekretär der Kollege Lepp gewählt worden. Als Beisitzer wurden gewählt: Kollegin Schwaiber Dora Adam und die Kollegen Robert Schünemann und Paul Tabbert.

Die Mitglieder des RBA erhalten besondere Mitgliedsbücher. Mit Rücksicht darauf, daß es sich um Gehaltsempfänger handelt, werden auch Monatsbeitragsmarken ausgegeben.

Die „Beamten-Gewerkschaft“ erscheint ab 1. Januar 1927 vierzehntägig, und zwar in besonderer arbeitlicher Ausgabe und mit eigenem auf die besonderen Interessen der Beamten und Angestellten angelegtem Inhalt. Die Redaktion ist in Händen des Kollegen Emil Dittmer dem das Beamtensekretariat zur Seite steht. Die erste Nummer wird in vermehrter Auflage zum Versand kommen.

Damit sind die Voraussetzungen für eine wirksame Propaganda gegeben. Wir bitten, alles daran zu setzen um die gemeinsame Front der Beamten, Angestellten, und Arbeiter herzustellen, weil nur dadurch der Erfolg gewährleistet wird. Der Verbandsvorstand.



Wer zerbricht ihre Macht? Die Internationale der Arbeit!

Berlin. In Vertretung des Verbands der Gewerkschaften in Staat und Arbeit: R. B. Dittmer, Emil Dittmer, beide Berlin S. D. 33, Schillerstr. 42.

**Eingegangene Schriften und Bücher**

**Die Wirtschaftskrise mit Indegraphen der Frankfurter Zeitung.** Unter Mitwirkung von Ernst Rahn. Heft 3. Jahrgang 1926. Einzelheft 3 Mk. Jahresabonnement 8,80 Mk. Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H., Abteilung Buchverlag.

Wie in den früheren Heften kommen auch in diesem alle Symptome der Konjunktur: Preisbewegung, Produktion, Umsatz, Außenhandel, Arbeitsmarkt; die Gestaltung der Börse und der Kreditmärkte, vielfach von Tabellen- und Bildmaterial unterstützt, zur Darstellung. Vor diesen Einzelbeobachtungen führt ein Beitrag des Leiters des neu errichteten Frankfurter Institutes für Konjunkturforschung, Dr. Altschul, in das Wesen und die Bedeutung eines Konjunkturjahres ein, an Hand dessen die Ueberblick und Beurteilung des Wertes der Einzelvorgänge in der Gesamtentwicklung der Wirtschaft bedeutend erleichtert wird. Ganz ausgebaut werden die Spezialuntersuchungen, in deren Mittelpunkt diesmal eine Reihe von wertvollen und praktisch ungemein interessanten Beiträgen über die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft steht. Sie werden ergänzt durch eine Chronik der Konzentrations- und Ausdehnungsbewegungen. Die J.-G. Farbenindustrie, eine der größten wirtschaftlichen Organisationsgebilde im heutigen Deutschland, findet eine besondere, durch übersichtliche Tafeln erläuterte und zusammengefasste Darstellung ihres sachlichen und regionalen Aufbaues, ihrer Beziehungen und Arbeitsgebiete.

**Auf neuen Pfaden im Kongo.** Quer durch das dunkelste Afrika. Von Hermann Jordan. Mit 54 Abbildungen und 2 Karten. Ganzleinen 14 Mk. Verlag J. F. Brockhaus, Leipzig.

Der Norden läßt sich die Bewegung „Afrika den Afrikanern“, die den belgischen Kolonialbeamten so schwere Sorgen macht, in diesem Werke besonders angelegen sein. Er kommt zu dem Ergebnis, daß noch auf Generationen hinaus ein Erwachen der schwarzen Rasse nicht zu erwarten ist. Nordens Buch ist uns um so willkommener, als es ein Gebiet beschreibt, über das seit den Tagen, da Wilhmann mit seiner Expedition in den Kongo vordrang, seine allgemein interessierende zusammenfassende Schilderung vorliegt, was wohl nicht zuletzt in dem vom Autor immer wieder betonten Mißtrauen der Belgier gegen Fremde sowohl als gegen ihre Landeskunde begründet ist; die Belgier haben den Forscher im Kongo nie gern gesehen. „Auf neuen Pfaden“ hat Norden sein Buch überarbeitet, und in der Tat kann er sich rühmen, der erste zu sein, der rein um der Freude am Reisen willen den beschwerlichen Weg durchs Herz des dunklen Erdteils gezogen ist, teilweise auf Pfaden, die seit Wilhmann kein Forscher betreten, teilweise durch Gebiete, die überhaupt außer gelegentlich einem verirrteten Missionar oder Arzt seinen Weihen gesehen. Norden ist weit in der Welt herumgekommen, er ist kein Gelehrter, aber ein geschickter und fesselnder Erzähler. Er sieht mit offenen Augen die Völker und Landschaften unter der heißen afrikanischen Sonne, die seit den Tagen seiner Kindheit das Ziel seiner Sehnsucht bildeten. Besonders wertvoll ist die eingehende Schilderung der Sitten und Gebräuche der Batuba, des uralten Kulturvolks Innerafrikas, von dem wir noch sehr wenig wissen. Auch für die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Entwicklungsallien des weiten Gebietes hat er das richtige Verhältnis. Kupfer, Baumwolle und Diamanten, die tatsächlichen Schätze Innerafrikas, an Stelle des einst erhofften Goldes und Eisenbleis, finden die ihrer Bedeutung entsprechende Würdigung. Das mit vielen eigenen Aufnahmen des Verfassers geschmückte Buch hebt sich aus der Menge der neueren Reiseberichte über Afrika in Inhalt und Form als etwas Außergewöhnliches ab und verdient die volle Beachtung weiterer Kreise.

**Rudolf Engel-Hardt, „Der Weg zum harmonischen Heim“.** 26 Seiten Oktav mit 26 Abbildungen. Gebunden 1,80 Mk. (Brosch. 1,20 Mk.) J. Neumann-Neudamm Verlag, Leipzig.

In gelddoller Darstellung führt der Verfasser auf, worin jene Eigenheiten bestehen, die in finanzieller Bereinigung zur harmonischen Einheit, zum wachstums „optimalen“ Kunstwert führen. Ein Weg zur Freude, zum Genuß am Kunstwert, zur Liebe besonders am handgearbeiteten Stück wird beschritten. Dieserweil wird die Geschmackskultur gefördert, wird die Aufgabe des Kunstgewerblers klar herausgestellt, die Wohnräume wirklich wohnlich zu gestalten, die Gip- und Nebengegenheiten, die Tisch, Stühle und Truhen, die Vasen, Leuchte und Käse nicht allein zweckentsprechend, sondern zugleich künstlerisch zu formen. Je vornehmer die ganze Auffassung eines Hauses und seines Besitzers ist, desto reicher und dankbarer die Aufgabe eines Kunstgewerblers, desto größer auch die Möglichkeit einer vollen Entfaltung der Kunst des Schaffenden. Welche Irrungen hier zu meiden sind, welche Pfade hier wieder zu beschreiten sind, zeigt die Kapitelfolge „Die untergärtlichen Meisterwerke des Kunstgewerblers“, „Das kunstgewerblische Stück, sein Schöpfer und sein Schicksal“, „Optimales Bestellen“, „Optimales Schmücken“, „Die harmonische Einheit“, „Das harmonische Heim“ ebenso glücklich wie wunderbar erhellend auf. Und der zwingende Schluß ist dann der, daß die Wohnbeeinträchtigung zum äußeren Zeiden der Familiengestaltung werden muß. Weltanschauung, Geborgen, Lebensfreude, Naturliebe, Kunstverständnis usw. vermag und soll sich in unserer unmittelbaren Umwelt, in unserem Heim ausdrücken. 26 Abbildungen ergänzen bemerkenswert klar den Text.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes, herausgegeben vom Hauptverband deutscher Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 187. Die Oktobernummer der „Gesundheit“ ist als eine Sondernummer unter dem Titel „Hygiene des

Arbeiters“ erschienen. In mehreren äußerst interessanten Abhandlungen wird die „Hygienische Arbeitsweise“, die „Vorbereitung zur Arbeit“, „Arbeit und Gesundheit“ behandelt. „Nach der Tagesarbeit“, „Unser Garten, unser Freund“ bieten eine Fülle interessanter, wertvoller Gesundheitsaufklärung. Die „Gesundheit“ wird an den Schaltern der Krankenkassen jedem Versicherten unentgeltlich ausgereicht. Sie kann dort ständig in Empfang genommen werden.

**Sozialer Ratgeber.** Was müssen die Arbeitnehmer und Rentempfänger wissen über Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Alters-, Invaliden- und Knappschaftsversicherung, Kriegsbeschädigtenversorgung, Erwerbslosen- und Schwerbeschädigtenfürsorge, Reichsarbeiter- und Reichsbahnarbeiterpensionen und soziale Fürsorge? All die tausend Einzelheiten über Mitgliedschaft, Beiträge, Ansprüche und Verfahren, die für jeden Versicherten außerordentlich wichtig sind, behandelt der „Sozialer Ratgeber“, der jetzt vom Reichstagsabgeordneten Genossen August Ratten in dritter verbesserter Auflage erschienen ist. Die überaus günstige Aufnahme, die die ersten beiden Auflagen gefunden haben ist ein Beweis dafür, daß nicht nur eine solche Schrift notwendig ist, sondern daß diese Hilfe durch den „Sozialen Ratgeber“ auch voll ausgenutzt wird. Das Buch ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag des Reichstagsverbandes der Arbeiterinnellen und Witwen Deutschlands, Berlin W 20, Gendarmenstr. 24. Der Preis beträgt 1,80 Mk. pro Stück.

**Gewerkschafts-Kunde.** Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Jasing, Jena. Oktoberheft 1926. Verlag Karl Jasing, Verlagsbuchhandlung, Jena, G. J. J. Str. 26. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Das Reichsversorgungsgesetz vom 19. Mai 1920 in der Fassung vom 8. Juli 1926. Verlag Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegsernterbleibenden, Berlin C 2, An der Stralander Brücke 6 II. Preis 70 Pf. — Die Schrift enthält nicht nur den Gesetztext, sondern auch Kommentare dazu. Angehängt sind zahlreiche Tabellen über Renten für Kriegsbeschädigte ohne ärztliche Sonderprüfung.

**Kleine Verbandsnachrichten**

Die Friedrichsmarke des Herrn Ministers Stingi wird jetzt von den Postanstalten ausgegeben. Wir ersuchen alle Verbandsmitglieder, diese Marke, die selbst die monarchistische Bayerische Volkspartei ablehnt, nicht zu verwenden. Sollten andere Zechnpennmarken nicht zu bekommen sein, so müssen die Briefe mit Pfennigmarken frankiert werden.

**Salamander Fußarzt**  
für empfindliche Füße  
Der Schuh für Eisenbahner  
Gepäckträger und Arbeiter

**Salamander**





Mk. 22.- oder Mk. 20.- in bar kostet unsere erstkl. verzinste Stahlblech-Badewanne Tausende im Gebrauch. Umtausch gestattet. C. von Saint-Georg, Nachenburg 10.

**Bei uns Schuhe kaufen heißt Geld sparen.**  
Wie immer erhalten Sie bei uns Qualitätsware zu außerordentlich billigen Preisen. (P)  
Größte Auswahl in Damen-, Herren- und Kinder-Artikeln.  
**F. Potolowski Nachf., Berlin**  
Gr. Frankfurter Str. 141 (Ecke Fruchtstr.)

**Höchste und reifste Bezugsquelle in Bessa Gausfedern**

Wie von der Guss gewirkt mit allen Dimensionen 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 4,50, 5,00, 5,50, 6,00, 6,50, 7,00, 7,50, 8,00, 8,50, 9,00, 9,50, 10,00, 10,50. Für reelle, staubfreie Ware Garantie. Keine schmerzhaften und mühsamen Nacharbeiten. Versand gegen Nachnahme.  
Rudolf Gießelsch, Gänsemanufaktur, Neu-Trebbin, Markb.



mit bedingungslosem Rückgaberecht bei Nichtgefallen, liefere ich sofortigen Ersatz. Die Lieferung erfolgt meist 8 Stück auf doppelt. Kleinstpreise gegen Zahl von nur 10,- pro Woche bei angemessener Anzahl.  
Walter H. Gorb, Berlin 548 Postfach 544 P. Alexanderstr. 97 in Berlin erbitte Besuch meiner Ausstellungsreihe von 8-7 Uhr.

Ein neuer Band der „Gewerkschafts - Archiv“-Bücherei:

**Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften**  
Von Karl Zwiag

224 Seiten / Bestes Papier  
Preis: Broschiert 4,50 Mark  
Halbleinen 5,40 Mark

Für Besitzer des „Gewerkschafts-Archiv“ ein Drittel Preisermäßigung.

Dieses Werk darf in keiner Arbeiterbücherei fehlen.

Abteilung Bücher und Schriften  
Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter  
Berlin SO 33, Schlesische Straße 42

**Radio auf Miete!**

Nur Weltmarken!  
Nach 6 Monaten ihr Eigentum / Detektor-Röhrenempfänger, Lautsprecher  
Kostenloser Vertreterbesuch (P)  
**Lorenz & Schneider, W 62,**  
Kurfürststr. 114. Kurfürst 242

**Ein schönes Geschenk**

ist ein **Alpaka-Silberbesteck**  
Ich liefere dieselben eine Woche zur Ansicht und gegen 9 Monate Kredit. Verlangen Sie sofort illustrierte Preisliste.  
W. A. Kopp, Fabrik, Weismann, Hild., Schiefelbach 176.

Hochfeines **Pflaumenmus** dick u. süß  
(P) Zitr. 31,-; Eimer 25 Pfd. 8,-; 10 Pfd. 4,50  
Vierfrü-Marmelade 25,- 10,50; 10,- 4,50  
einschl. Gefäß, Nachn. ab Magdeburg, Preis, grat.  
Jasnick & Richter, Magdeburg 48

**Mops** u. 60 Del. od. Bismhr. 6 M., 100 Del. Salz-Fetter, 14 M., 250 = 14 M., 400 = 20 M. franko.  
E. Degener, Fischkonserven-Fabrik, Swinemünde 125. (P)

**Lest die Urania!**

**STOFFE** für Herren- und Damen-Bekleidung  
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise.  
**KOCH & SEELAND** G. m. B. BERLIN  
Gegründet 1893 Gertraudenstraße 20-21 Ueegründet 1892

**ANGELA**

Roman von A. O. STOLZE, ist das neunte Werk, das die Buchkulturorganisation des werktätigen Volkes „DER BÜCHERKREIS“ seinen Mitgliedern im vierten Vierteljahr 1926 übergibt. Bisher erhielten die Mitglieder des „Bücherkreises“ für vierteljährlich 3,- M. neben den monatlich erscheinenden, reich illustrierten Heften

Wendel, Das 19. Jahrhundert in der Karikatur  
Nexö, Sühne  
Zech, Die Geschichte einer armen Johanna  
Francé, Das Land der Sehnsucht

Gorki, Der Sohn der Nonne  
Woldt, Die Arbeitswelt der Technik  
Wolf, Kreatur  
Francé-Harrar, Tier und Liebe

Mitgliederanmeldungen im „Bücherkreis“ bei monatlicher Beitragszahlung von nur 1,- M. nimmt entgegen  
**Abteilung Bücher und Schriften**  
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin SO 33, Schlesische Straße 42

Druck: Gewerkschafts-Verlagsanstalt für Arbeiter u. Soz. Berlin SW 48 (Wilmersdorf) - Mühlentag-Verlagsanstalt für Arbeiter u. Soz. Berlin SW 11. Abdruckpreis 0,12. Tel. Genserbude 2700, 2701, 2702, 2703, 2704, 2705. Gesamtwortzahl 181. Angelegenheit Paul Lange, Berlin SW 11.